

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt/Main



Arbeitsheft 3.2

Anträge zum Leitantrag

***Die Offensive des Monopolkapitals stoppen.
Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens-
und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und
sozialem Fortschritt erkämpfen.***

★ LA081 - LA170



Inhalt

Anträge LA081 - LA170

1 **Antrag Nr. LA081**

2 **Antragsteller: LMV Berlin**

3 **Zeilen: 233–236 sowie 238–242:**

4 **Antragstext:**

5
6 „Die größte Niederlage...“

7 Beide Absätze zusammenfassen und ab Zeile 237 bis 241 (Überproduktionskrise) wie
8 folgt formulieren:

9
10 Die Zerschlagung der ökonomischen Infrastruktur der vormals sozialistischen Länder
11 eröffnet dem Imperialismus gewaltige Absatzmöglichkeiten und ermöglicht ihm, der be-
12 reits Ende der 1980er Jahre beginnenden neuen Überproduktionskrise vorerst zu ent-
13 kommen. Zusätzlich wird dies durch die gleichzeitige Öffnung Chinas für den Weltmarkt
14 begünstigt, die neue Anlagemöglichkeiten für bereits angehäuften Kapital bietet.
15 [dann ab „Der Imperialismus...“ weiter wie im Entwurf]

16
17 **Begründung:**

18 Im Text des Entwurfs fehlt eine wichtige Folge der Konterrevolution für den Imperialis-
19 mus – er kann expandieren und kommt so erst einmal aus der Krise.

20 Dass (ab Zeile 238) die ‚Öffnung Chinas‘ ‚bedeutender‘ gewesen sei als die Zerschla-
21 gung der sozialistischen Länder, ist mindestens fragwürdig – hier konnte man zwar Han-
22 del treiben, aber nicht einfach ganze Volkswirtschaften übernehmen. Deshalb ist die
23 Formulierung nun vorsichtiger.

24
25 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

26 Annahme

27
28 **Begründung:**

29
30 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

31
32
33
34 **Antrag Nr. LA082**

35 **Antragsteller: KMV Offenbach**

36 **Zeilen: 235**

37 **Antragstext:**

38
39 : „Hunderte Millionen Menschen ...“ ersetzen durch

40 „Hunderte Millionen Menschen wurden in das kapitalistische Verwertungssystem und
41 die Mehrwertproduktion gezwungen. Dies hat Folgen für das nationale und internationa-
42 le Zusammenleben der Völker und ihrer existenziellen ökonomischen, ökologischen und
43 friedenspolitischen Grundlagen.“

44
45 **Begründung:**

46 konkreter

47
48 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

49 Annahme des ersten Satzes in folgender Form: Hunderte Millionen Menschen wurden in
50 das kapitalistische Verwertungssystem und die Mehrwertproduktion gezwungen.

51
52 **Begründung:**

53 Der zweite Satz ist zu allgemein.

54
55 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

59 **Antrag Nr. LA083**

60 **Antragsteller: Gruppe Essen-Frohnhausen/Holsterhausen**

61 **Zeilen: 238–239**

62 **Antragstext:**

63
64 Z. 238–239 ersetzen durch:

65 „Ein weiterer Aspekt der konterrevolutionären Entwicklung dieser Jahre ist die Öffnung Chinas
66 für ausländisches Kapital, die massenhafte Privatisierung ehemals sozialistischer Betriebe und
67 die Orientierung der Staatsunternehmen am Profitprinzip. Das Kapital konnte damit weitere
68 riesige Anlagemöglichkeiten erobern.“

69
70 **Begründung:**

71 China wurde nicht für „den Weltmarkt“, sondern für ausländisches Kapital geöffnet. Die Ände-
72 rung benennt diese Entwicklung deutlicher und ordnet sie in die internationale Entwicklung ein.

73
74 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

75 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA081

76
77 **Begründung:**

78
79 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

80
81
82
83 **Antrag Nr. LA084**

84 **Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt**

85 **Zeilen: 236–242**

86 **Antragstext:**

87
88 Streichen und ersetzen durch:

89 Über die Ursachen dieser welthistorischen Niederlage können wir keine abschließende Erklä-
90 rung geben. Trotz der wahrhaft riesigen historischen Leistungen, zu denen nicht zuletzt der mi-
91 litärische Sieg über den deutschen Faschismus zählt und die anschließende Durchsetzung der
92 Periode friedlicher Koexistenz, scheiterten die Sowjetunion und die weiteren mit ihr durch eine
93 sozialistische Gesellschaftsordnung verbundenen Länder an den rückständigen Ausgangsbe-
94 dingungen der Oktoberrevolution, den Interventionen, der ständigen äußeren Bedrohung, die
95 im zweiten Weltkrieg gipfelte, und am Rüstungswettlauf im Kalten Krieg, der die RGW-Länder
96 ökonomisch überforderte. Das politische System des realen Sozialismus verharrte in den durch
97 Bürgerkrieg und Abwehr der faschistischen Bedrohungen nicht allein zu erklärenden oder gar zu
98 rechtfertigenden autoritären Formen. Sozialistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit waren
99 an ihrer Entfaltung gehindert. Das mündete unter Stalin in Massenverfolgungen und Verbrechen,
100 denen zahllose Menschen, auch Mitglieder der KPdSU, der Roten Armee, der Kommunistischen
101 Internationale sowie viele unbescholtene Mitglieder der KPD zum Opfer fielen. Auch nach dem
102 XX. Parteitag der KPdSU wurde eine vollständige Aufklärung versäumt. Das administrativ-zent-
103 ralistische Sozialismusmodell schaffte es unter diesen Bedingungen nicht, eine dem Sozialismus
104 bezüglich Qualität, Tempo und Richtung gemäße Entwicklung der Produktivkräfte auszuprägen.

105
106 Die Frage nach den Folgen der Öffnung Chinas für den Weltmarkt kann noch nicht beantwortet
107 werden. Einerseits entstehen so neue Anlagemöglichkeiten für den bereits angehäuften Profit.
108 Andererseits entwickeln die BRICS-Länder Schritt für Schritt eine ökonomische und politische
109 Macht, die fähig wäre, die Aggressivität von EU- und US-Imperialismus zu mäßigen.

110
111 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

112 **Ablehnung**

113
114 **Begründung:**

115 Die seit über 25 Jahren geführte Debatte über die Gründe des Sieges der Konterrevolution hat
116 durchaus zahlreiche Erklärungen erbracht, die in der internationalen kommunistischen Arbei-

terbewegung Konsens gefunden haben und sich in zahlreichen programmatischen Dokumenten und Studien niedergeschlagen haben. Dabei wird von einer Kombination von inneren und äußeren Faktoren gesprochen. 117
118
119

Der AK erscheint zudem ein recht großer Widerspruch zwischen der These von den „fehlenden Erklärungen“ und den selbst formulierten angeblichen Gewissheiten über bestimmte „hauptsächliche“ Gründe zu bestehen, die allgemein – aber auch von den Antragstellern – mit der unwissenschaftlichen Floskel und dem bürgerlichen Totschlagargument vom „Stalinismus“ verbunden werden. 120
121
122
123
124

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 125
126

Antrag Nr. LA085 127
128
129
130

Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord 131

Zeilen: Nach 243 132

Antragstext: 133

Einfügen: 134
135

„Der Klimawandel“ 136

Trotz einer rapiden Beschleunigung der Klimaveränderungen sind die internationalen Bemühungen der Gegensteuerung, wie auf dem Weltklimagipfel in Bonn, weitgehend erfolglos geblieben. Der dem Maximalprofit als höchstem Wert verpflichtete Imperialismus zeigt sich unfähig, ernsthafte Maßnahmen gegen die Erderwärmung durchzusetzen. 137
138
139
140
141
142

Die innerimperialistische Konkurrenz, die geostrategischen Macht- und Positionskämpfe, die schon seit Beginn der Industrialisierung ökonomisch betrachtet über eine Konkurrenz des Akkumulationsvolumens und der Akkumulationsgeschwindigkeit ausgetragen werden, verhindern bislang eine Einschränkung der sich strukturell ausweitenden Verbrennung fossiler Energieträger. Letztere werden laut Internationaler Energieagentur mit rund einer halben Bio. Dollar pro Jahr subventioniert. Es gibt keine „marktwirtschaftliche Lösung“ des Klimaproblems, da die eingelagerten Kohlenstoffreserven schlicht zu groß sind, als dass auf einen prohibitiven Preisanstieg vor ihrer Erschöpfung spekuliert werden könnte. Ein vollständiger Verbrauch aller Kohlenstoff-Ressourcen würde nach heutiger Kenntnis dramatische Auswirkungen für das globale Klima haben. Schon vom heutigen Stand gilt für junge Menschen: sie werden erleben, dass große Teile des Globus unbewohnbar werden. Das Überleben der Spezies Mensch in einer zivilisierten Form macht den Ausstieg aus der Kohlenstoffindustrie noch in diesem Jahrhundert, besser noch bis 2050 erforderlich. 143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155

Die sich der Menschheit durch die Klimaveränderungen stellenden Herausforderungen machen tiefgreifende und umfassende Maßnahmen v. a. im Verkehrswesen, sowohl dem (internationalen) Warentransport wie auch dem Personenverkehr, und damit der Raumstruktur, der Produktionsverfahren, der Landwirtschaft, insbesondere auch der Massentierhaltung, der Energiebereitstellung (Wärme, Elektrizität, Mobilität) sowie ihrer Speicherung erforderlich. 156
157
158
159
160
161

Es geht um Vermeidung, Reduzierung und Kompensation von Belastungen und zwar im globalen Maßstab. Es geht also um weitreichende Eingriffe in die gesellschaftliche Produktion und ihre räumliche Ausgestaltung, die unweigerlich mit den herrschenden Eigentumsverhältnissen in Konflikt geraten. Technische Entwicklungen sind dementsprechend zwar Teil möglicher Lösungen, aber sie ersetzen nicht die Fragen nach der Entscheidungs- und Umsetzungsmacht über getroffene oder unterlassene Maßnahmen. 162
163
164
165
166
167
168

Daher darf es auch nicht verwundern, wenn der deutsche Staat, wie andere Länder auch, diesen Herausforderungen mit dem Bestreben der Absicherung der Verwertungsbedingungen insbesondere der Großkonzerne, der Entwicklung von Technologieführerschaft als nationalem Standortvorteil sowie der Umlage von Umstrukturierungskosten auf die werktätige Bevölkerung begegnet. Die Klimaschutzpolitik kapitalistischer Staaten wird somit zur doppelten Belastung für die Arbeiterklasse: sie ist es, die mangels individueller Schutzmöglichkeiten unter den 169
170
171
172
173
174

175 Auswirkungen der Klimaveränderung besonders leiden wird, und sie ist es, der die Kosten für
176 die Umstellung z. B. auf andere Energieträger aufgebürdet (z. B. EE-Umlage).

177
178 Die anthropogenen Klimaveränderungen werden die ohnehin durch die imperialistisch domi-
179 nierte Weltwirtschaft und die Kriegspolitik der imperialistischen Staaten ausgelösten Flücht-
180 lingsbewegungen erheblich verstärken. Angesichts der aggressiven Abschottungspolitik dieser
181 Staaten, die schon heute tausende Todesopfer fordert, zeichnet sich eine globale humanitäre
182 Katastrophe schon heute ab.“

183
184 **Begründung:**

185 Der Imperialismus erzeugt an allen Fronten Not, Elend, Krieg, Zerstörung. Er basiert auf Un-
186 terdrückung und Ausbeutung. Aber er steht auch als wesentliches Hindernis zur Bekämpfung
187 der Gefahren und Ursachen der Klimaveränderungen dar. Der sogenannte Klimawandel wird –
188 das ist absehbar – zu weltweit gravierenden Veränderungen für hunderte Millionen Menschen
189 führen. Zu befürchten sind verheerende Wetterereignisse mit entsprechender Zerstörung von
190 Infrastruktur und Bebauung, Verlust von Acker- und Weideland, Landverluste in Folge des An-
191 stiegs des Meeresspiegels u. v. m. Dies wiederum befördert Armut, Hunger, Flucht, Wande-
192 rungsbewegungen. Die Kosten werden auf die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker
193 abgewälzt, während sie zeitgleich besonders unter den Auswirkungen leiden. Klimawandel ist
194 also auch eine Klassenfrage. Und diese Frage stellt sich drängender denn je. Wir dürfen sie
195 nicht aussparen, sondern müssen sie unserem antiimperialistischen Kampf verbinden.

196
197 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

198 Annahme der Intention des Antrags in bearbeiteter Form als neuer Teilabschnitt IV. ab Zeile 456
199 (Dadurch ändert sich die Nummer des bisherigen Abschnittes in Kapitel V.) mit folgendem Text:

200
201 **IV. Imperialismus und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen“**

202 Eine antiimperialistische und antikapitalistische Strategie muss Antworten auf die Gefährdung
203 der natürlichen Lebensbedingungen geben, die vom ungehemmten Profitstreben der mono-
204 polkapitalistischen Konzerne und der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt ausgehen.
205 Die dem Maximalprofit als höchstem Wert verpflichteten (umwelt-)politisch Verantwortlichen
206 im System der kapitalistischen Produktionsweise zeigen sich insgesamt unfähig aber vor allem
207 auch unwillig, ernsthafte Maßnahmen gegen die beschleunigte Erderwärmung, der Zerstörung
208 von Fauna und Flora durchzusetzen. Stattdessen spitzt sich die existentielle Bedrohung unse-
209 rer natürlichen Lebensgrundlagen sogar zu. Das vom Monopolkapital beherrschte Deutschland
210 der Chemie-, Automobil- und Energiekonzerne ist einer der größten Umwelt- und Klimasünder
211 Europas.

212 Es kann keine „marktwirtschaftliche Lösung“ der beschleunigten Gefährdung und Zerstörung
213 der ökologischen Grundlagen für das Leben auf unserem Planeten geben. Eine gesamtgesell-
214 schaftliche Planung der Volkswirtschaft ist unabdingbar. Das kapitalistische Profitstreben ist
215 dafür als „Steuerungsmechanismus“ völlig ungeeignet, weil es die ökologischen Katastrophen
216 selbst verursacht.

217 Die durch die kapitalistische Produktionsweise künstlich beschleunigten Klimaveränderungen
218 verstärken die bereits durch die Kriegspolitik der imperialistischen Staaten ausgelösten Nöte
219 und Flüchtlingsbewegungen. Sie erfordern umfassende Gegenmaßnahmen in der Industrie-,
220 Agrar- und Wasserwirtschaft. Im Verkehrswesen und im (internationalen) Warentransport muss
221 der absolute Vorrang des Individualverkehrs gegenüber kollektiven Lösungen beendet werden.
222 Dass es anders gehen kann, beweist die sozialistisch-orientierte VR China. Sie hat beim Aus-
223 bau der Photovoltaik und Windkraftenergie, beim Umbau und bei der Stilllegung umweltge-
224 fährdender Industrieunternehmen mittlerweile eine führende Rolle übernommen. Die politische
225 Führung Chinas hat das Problem des Umwelt- und Klimaschutzes nicht nur erkannt, sondern
226 auch konkrete Gegenmaßnahmen eingeleitet.

227 Karl Marx hat im „Kapital“ den „ökologischen Imperativ“ formuliert, von dem sich Antikapita-
228 listen, Kommunistinnen und Kommunisten leiten lassen: „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine
229 Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer dieser
230 Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias (d. h. als
231 gute Familienväter und -mütter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

232 Der Kampf gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist daher Teil unserer

revolutionären Strategie und unseres Kampfes gegen das Diktat des Groß- und Monopolkapitals.	233
	234
	235
Begründung:	236
	237
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	238
	239
	240
	241
Antrag Nr. LA086	242
Antragsteller: MV Kiel	243
Zeilen: 247–249	244
Antragstext:	245
	246
Zeile 247–249: streichen	247
	248
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	249
Ablehnung	250
	251
Begründung:	252
Eines der zentralen Dogmen des „Neo-Liberalismus“ war und ist der Rückzug des Staates aus der Wirtschafts- und Finanzpolitik und die „Deregulierung der Märkte“.	253
	254
Durch die in der Finanzkrise 2007/2008 beschlossenen beispiellosen staatlichen Interventionen und Stabilisierungsmaßnahmen hat sich dieses Dogma in Nichts aufgelöst.	255
	256
Spätestens seit der Zeit wird in „Fachkreisen“ auch vom „Post-Neo-Liberalismus“ gesprochen.	257
	258
Auch die gegenwärtigen schwierigen Verhandlungen über eine neue Regierungskoalition in Deutschland sind ein Teil der Folgen dieser Orientierungskrise im Lager der bürgerlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik.	259
	260
	261
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	262
	263
	264
	265
Antrag Nr. LA087	266
Antragsteller: Gruppe Münster	267
Zeilen: 247–256	268
Antragstext:	269
	270
Änderung Zeile 247–256	271
Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit 2007 und der sich verschärfende Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Hauptmächten deuten an, dass auch die Dominanz des neoliberalen Modells zu Ende gehen wird. Sie ist Resultat des Grundwiderspruchs zwischen immer stärkerer Vergesellschaftung der Produktion und immer umfassenderer privater Aneignung.	272
	273
	274
	275
Die Krise seit 2007 ist eine für den Kapitalismus typische zyklische Überproduktionskrise. Sie ist zudem eine Krise, in der sich die zunehmenden überzyklischen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals spiegeln. Zugleich macht sich in ihr die chronische Überakkumulation und die Tendenz zum Fall der Profitrate geltend. Die Monopole können sich den Entwertungen durch die zyklischen Krisen weitgehend entziehen und sie abwälzen. Die Überakkumulation wird dadurch nicht mehr abgebaut. Es kommt zur chronischen Überakkumulationskrise.	276
	277
	278
	279
	280
	281
	282
Begründung:	283
Der Unterschied der verschiedenen Krisentypen (der Überproduktion und der Überakkumulation) wird in der bisherigen Ausführung in ihrer Aneinanderreihung nicht genau deutlich. Das kann verbessert werden. Maßgeblich für die heutige Form der privaten Aneignung sind die Monopole und die damit sich zuspitzende Überakkumulation. Dieser Kernpunkt muss erkennbar werden.	284
	285
	286
	287
	288
In der vorgeschlagenen Formulierung wird der Unterschied und Zusammenhang beider Krisen klarer erfassbar, indem sie zum einen jeweils für sich bestimmt werden und zum anderen ihre	289
	290

291 Beziehung und die Entstehung der chronischen Überakkumulation in ihrer Notwendigkeit als
292 überzyklische Erscheinung hergeleitet werden.

293

294

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

295

Ablehnung

296

297

Begründung:

298

Der Leitantrag stellt in den folgenden Passagen (Zeilen 256–294) mit Recht fest, dass die Krise
299 von 2007 pp mehr eine „Umbruchkrise in der Weltwirtschaft“ (Zeile 269 ff) war und noch nicht
300 abgeschlossen ist. Sie war und ist mehr als die von den Antragstellern genannte übliche „zyk-
301 lische Überproduktionskrise.“

302

303

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

304

305

306

307

Antrag Nr. LA088

308

Antragsteller: KMV Offenbach

309

Zeilen: 269–272

310

Antragstext:

311

ersetzen durch:

312

313

„Die Krise von 2007 ist eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sie hat aufgezeigt, dass
314 der Imperialismus weder als Ganzes, noch einzelne kapitalistische/imperialistische Länder in
315 der Lage sind, die zwischen diesen Ländern bestehende Konkurrenz zu lösen. Die Differenzen
316 der unterschiedlichen Interessen der einzelnen imperialistischen nationalen und internationalen
317 Kräfte sind offen zutage getreten, die innerimperialistischen Widersprüche verschärfen sich“

318

319

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

320

Annahme aber nicht als Ersatz zu Zeilen 269–272, sondern als deren Ergänzung und mit eini-
321 gen inhaltlichen Aktualisierungen. Somit Neuformulierung der Zeilen 269–286:

322

323

Die Krise von 2007 ist eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sie hat gezeigt, dass der
324 Imperialismus weder als Ganzes, noch einzelne kapitalistische/imperialistische Länder in der
325 Lage sind, die zwischen diesen Ländern bestehende Konkurrenz zu lösen. Die Differenzen der
326 einzelnen imperialistischen nationalen und internationalen Kräfte treten offen zutage, die inner-
327 imperialistischen Widersprüche verschärfen sich.

328

329

Was sind die Folgen und was bedeuten diese heute für die Strategie der Kommunisten?

330

Der Zusammenbruch des Finanzsektors und des Geldwesens wird zwar durch den massiven
331 Einsatz von Steuergeld und staatlich garantierte Geldschöpfung vermieden. Krisenmildernd ist
332 die Entwicklung einiger Schwellenländer, vor allem Chinas, die ihre rasante Akkumulation fort-
333 setzen können, obwohl sich die alten kapitalistischen Zentren in der Krise befinden.

334

Doch der reinigende Charakter der kapitalistischen Krise bleibt weitgehend aus.

335

336

Das überschüssige Kapital wird keineswegs auf breiter Front beseitigt oder wenigstens entwertet.
337 Das erklärt, warum ein klassischer Wirtschaftsaufschwung nicht stattfindet. Auch ein Jahrzehnt
338 nach Krisenausbruch bleibt das industrielle Wachstum in vielen Regionen der kapitalistischen Welt-
339 wirtschaft mäßig. Die staatlich geförderte Finanzspekulation hat wieder an Fahrt aufgenommen.

340

341

Damit erhöht sich die Ausbeutungsrate, die Ungleichheit bei Reichtum und Einkommen erreicht
342 eine neue Dimension. Selbst das kapitalfromme „manager magazin“ staunt Ende 2017 in einer
343 Sonderausgabe „Die 1001 reichsten Deutschen“: „Nie fiel es den Vermögenden hierzulande
344 seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs leichter, ihre Besitztümer zu mehren.“ Die Zahl der Milli-
345 ardäre hat sich in den Jahren nach dem Höhepunkt der Krise 2007/2008 allein in Deutschland
346 nahezu verdoppelt. Der „Ärmste“ der 1001 Reichsten besitzt immer noch 90 Millionen Euro.
347 Zugleich wächst schon jetzt die „Lazarusschicht des Proletariats“ (Marx) mit steigender Armut
348 unter Kindern und Alten, mit Obdachlosen und Bettlern selbst in den „Boom“-Ländern.

Neben Regionen mit unveränderter hoher Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation gibt es Staaten – wie die BRD – mit echtem und/oder aufgebauchtem Dauer-“Boom“, mit Rekordzahlen der Beschäftigten, mit Ex- und Importrekorden in wichtigen Wirtschaftszweigen (Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie).	349 350 351 352 353
Nach Jahren des Reallohnabbaus steigt derzeit insgesamt die Massenkaufkraft und sorgt für einen Nachfrager rekord im Inneren. Die Zahl der Beschäftigten erreicht ebenfalls Rekordhöhe –unabhängig von der Qualität und Dauerhaftigkeit dieser Beschäftigung. Damit steigt auch wieder der Glaube an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“, wächst die Bereitschaft; eher um ein größeres Stück vom Kuchen zu streiten als die Frage zu stellen, wem denn eigentlich die „ganze Bäckerei“ gehören müsste.	354 355 356 357 358 359 360
Die imperialistischen Staaten halten an der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik des Neoliberalismus fest, obgleich zentrale Dogmen des Neoliberalismus sich als Mythos entpuppt haben. Erneut wird die falsche These widerlegt, dass „der Markt alles von allein regelt“. Der Drang, die inneren Widersprüche durch Rüstungskeynesianismus, Militarismus und Kriege und auf Kosten der Umwelt zu lösen, nimmt zu.	361 362 363 364 365 366
Begründung:	367
Die Bedeutung als „Umbruchkrise“, die die Offensive des Kapitals aber nur vorübergehend gestoppt hat, ist nach Ansicht der AK im Leitantrag richtig erfasst. Die Ergänzung durch LA088 und die Aktualisierung der Folgen der Krise ist aber sinnig.	368 369 370 371
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	372 373 374 375
Antrag Nr. LA089	376
Antragsteller: KMV Offenbach	377
Zeilen: 275	378
Antragstext:	379 380
Der Zusammenbruch ... Geldschöpfung vermieden“ ersetzen durch:	381
„Der „Neoliberalismus“ hat den Zusammenbruch des Finanzsektors und des Geldwesens nur durch massiven Einsatz von Steuergeldern – und damit auf den Schultern und dem Risikobereich der „kleinen“ Sparer im In- und Ausland – vorübergehend auffangen können.“	382 383 384 385
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	386
Erledigt bei Annahme der Empfehlung zu LA087	387 388
Begründung:	389 390
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	391 392 393 394
Antrag Nr. LA090	395
Antragsteller: Gruppe Frohnhausen/Holsterhausen	396
Zeilen: 278	397
Antragstext:	398 399
„Schwellenländer“ ersetzen durch „Länder“	400 401
Begründung:	402
Die Beschreibung Chinas als Schwellenland ist problematisch: China ist heute wirtschaftlich und politisch eine Großmacht. Dass Teile dieses riesigen Landes relativ wenig entwickelt und dadurch auch z. B. das Pro-Kopf-BIP relativ niedrig ist, ändert daran nichts.	403 404 405 406

407 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
408 Annahme

409 **Begründung:**

410 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

411
412
413
414
415

416 **Antrag Nr. LA091**

417 **Antragsteller: WG Stuttgart – Bad Cannstatt**

418 **Zeile 278:**

419 **Antragstext:**

420
421
422

In Zeile 278 ergänzen: Krisenmildernd, aber auch das internationale Kräfteverhältnis verschiebend, war die Entwicklung ...

423
424
425

Begründung: Die beschriebene Entwicklung wirkt nicht nur antizyklisch, sondern stellt auch die imperialistische Hauptmacht USA in Frage.

426
427

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

428 Annahme

429
430
431

Begründung:

432 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

433
434
435

436 **Antrag Nr. LA092**

437 **Antragsteller: KMV Offenbach**

438 **Zeilen: 282**

439 **Antragstext:**

440
441
442

„ist ausgeblieben“ ersetzen durch „ist dadurch ausgeblieben“

443
444
445

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

446 Annahme

447
448

Begründung:

449 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

450
451

452 **Antrag Nr. LA093**

453 **Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim**

454 **Zeile 283:**

455 **Antragstext:**

456
457
458

Änderung:

... keineswegs im erforderlichen Umfang für humanistische Zwecke investiert worden. Ein klassischer Wirtschaftsaufschwung ...

459
460
461

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

462 Ablehnung

463
464

Begründung:

Es geht um die Abweichung vom üblichen Prozess der kapitalistischen Krisenbewältigung, der dieses Mal ausblieb. Dazu gehörte noch nie die „Investition für humanistische Zwecke“.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA094

Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt

Zeilen: 294

Antragstext:

(einzuschieben ab Zeile 294:)

Die Folgen der Krise sind keineswegs ausgestanden. Sie werden die Welt erschüttern. Der Weltverband der Banken, das Institute of International Finance (IIF), hat im Frühjahr 2017 bekannt gegeben, dass die Schulden der Weltwirtschaft Ende des vergangenen Jahres 215,5 Billionen Dollar, umgerechnet etwas mehr als 200 Billionen Euro betragen. Das Ausmaß des Schuldenbergs beträgt 325 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, also des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der Weltwirtschaft. Die Staaten sind mit 89 Prozent des BIP verschuldet. Diese Schuldenblase wird nicht etwa abgebaut, sie wächst.

Die fällige Entwertung wird aus zufälligem Anlass, überraschend und sicherlich durchschlagend erfolgen. Hier hilft nur ein riesiger Schuldenschnitt. Er ist trotz der herrschenden imperialistischen Konkurrenz notwendig. Es ist Eile geboten. Schon aus diesem Grund ist die Vergesellschaftung und öffentliche Kontrolle der Banken, zumindest ihre Verstaatlichung fällig. Wir drängen in diesem Zusammenhang auf ein Ende der Schuldenbremsen, wir fordern Konjunkturprogramme, Programme gegen die Armut, für Bildung, Gesundheit sowie Geld für weitere öffentliche Aufgaben.

Gegen die Alternative dazu, gegen die Kapitalvernichtung in Gestalt von Kriegen oder gar eines Weltkrieges, ist breiteste Mobilisierung nötig. Die Gefahr ist jetzt schon mit Händen zu greifen. Insbesondere sind die ständigen Provokationen und militärischen Drohungen von US-Präsident Trump zu stoppen. Der Kampf um den Frieden muss allseitig geführt werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Als Arbeitsmaterial für den neuen Parteivorstand

Begründung:

Sollte genutzt werden als Material für die weitere Fortsetzung der programmatischen Diskussion, falls diese beschlossen wird. Ist für den Leitantrag zu detailliert.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA095

Antragsteller: WG Berlin-Tempelhof

Zeilen 297–454

Antragstext:

Streichen und ersetzen durch:

A.III Produktivkraftentwicklung und Entwicklung der Hauptklassen

Es wird Großes angekündigt für die gegenwärtige Produktivkraftentwicklung. „Industrie 4.0“ und „Arbeiten 4.0“ sind die alles übertönenden Schlagworte.

Der seit Mitte des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnende wissenschaftlich-technische Fortschritt ist beeindruckend. Neue Werkstoffe wie Halbleiter oder Glasfaser, Nanotechnik, moderne Teilchen- und die damit verbundene Hochenergiephysik, Fortschritte in der Kosmosfor-

523 schung, Gentechnik, Entschlüsselung des menschlichen Genoms, Neuro- und Mikrobiologie
524 sind einige Meilensteine dieser Entwicklung.

525
526 Kaum eine der neuen Errungenschaften wäre möglich ohne die so genannte digitale Revolu-
527 tion. Ihre Wirkung in der Produktion führte über numerisch gesteuerte Maschinen, Automa-
528 tisierung, Robotik zu Anfängen von Vernetzung von Produktionsprozessen mit Logistik und
529 Materialhaltung bei Datenaustausch in Echtzeit. Heute bestimmen „Big Data“, „Internet der
530 Dinge“ u. a. die Schlagzeilen. Aber mit einer technischen Revolution hat das wenig zu tun. Die
531 technischen Grundlagen der Vernetzung, aus der dann das Internet wurde, entstanden schon
532 am Beginn der Digitalisierung, Ende der 1960er Jahre. Zum heutigen Entwicklungsstand führte
533 ein kontinuierlicher Weg, beschleunigt Anfang der 1990er Jahre durch die Kommerzialisierung
534 des Netzes, bei gleichzeitiger Verbesserung insbesondere der Leistungsfähigkeit der Rechner,
535 der Datennetze und der digitalen Speicherungsmöglichkeiten.

536
537 Mit der Industriellen Revolution setzte sich die kapitalistische Produktionsweise durch. Tech-
538 nisch ging sie von der Werkzeugmaschine in Verbindung mit der Dampfmaschine als „Bewe-
539 gungsmaschine“ aus. Es war eine Revolution, „die zugleich die ganze bürgerliche Gesellschaft
540 umwandelte“ (Engels). Wenn wir diesen Maßstab – Umwälzung der technischen Basis zugleich
541 mit den Klassenverhältnissen – an eine Revolution zu Grunde legen, hat es bisher erst eine
542 industrielle Revolution gegeben, was in keiner Weise die seither stattgefundenen einschneiden-
543 den Veränderungen in der technischen Basis negieren soll.

544
545 Das Bemerkenswerte an der „Digitalen Revolution“ wird deutlicher, wenn wir an die Marx-
546 sche Analyse der großen Maschinerie erinnern. Er machte bekanntlich neben Bewegungs-
547 und Werkzeugmaschine den Transmissionsmechanismus als gesonderten Bestandteil aus.
548 Beschränkte sich der Transmissionsmechanismus bis dahin auf die Umwandlung repetitiver
549 mechanischer Bewegungen (Kreisbewegung in Translation und umgekehrt, Zahnradgetriebe,
550 usw.), lässt sich nun die industrielle Lücke zwischen Antrieb und Werkzeugmaschine, die der
551 Arbeiter mit der Bereitstellung und Handhabung von Werkstücken bildete, oft vollständig füllen
552 (Marx sprach in diesem Zusammenhang von der Umwandlung eines Naturprozesses in einen
553 industriellen). Durch die Digitalisierung in Verbindung mit Elektronik gehen Steuerungs- und
554 Regelungstätigkeiten auf die Maschine über. Die Universalität logischer Schaltungen lässt die
555 Einsatzbreite schier unbegrenzt erscheinen.

556
557 Die Digitalisierung durchdringt heute sämtliche Bereiche der Gesellschaft. Sie reicht von sozi-
558 alem Austausch und Kommunikation zwischen Menschen an unterschiedlichen Orten in Echt-
559 zeit bis hin zu wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen, inklusive der Organisation von Arbeit
560 und Produktion. Es gibt heute nahezu keinen Bereich in Produktion oder Verwaltung mehr, der
561 ohne die Unterstützung digitaler Systeme funktioniert.

562
563 In der kapitalistischen Produktionsweise wird der wissenschaftlich-technische Fortschritt durch
564 die Jagd nach Profit vorangetrieben. „Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein
565 historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechen-
566 den Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer
567 historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnis-
568 sen.“ (MEW 25, 260)

569
570 Ob die „Digitale Revolution“ mit dem Computer als zentralem Werkzeug eine Qualität der ers-
571 ten industriellen Revolution annimmt, das heißt, zur Durchsetzung einer kommunistischen Pro-
572 duktionsweise führen wird, ist heute noch nicht absehbar. Immerhin hat auch die kapitalistische
573 Produktionsweise von den ersten Manufakturen an 200 Jahre gebraucht, um zu ihrer klassi-
574 schen Form zu kommen.

575
576 Wie im Abschnitt I ausgeführt, hat der Stamokap bereits alle materiellen Voraussetzungen für
577 den Übergang in eine höhere Produktionsweise geschaffen. Zwar haben die Produktivkraft-
578 systeme seit den 1970er Jahren dramatische Veränderungen erfahren, doch die der Digita-
579 lisierung immer wieder zugeschriebene sprunghafte Erhöhung der Produktivkraft ist bisher
580 ausgeblieben. Andererseits bringen gerade vernetzte Systeme, die ja den Kern von „Industrie

4.0“ ausmachen sollen, solch gigantische Investitionen mit sich, dass konkurrierende Monopole sich gezwungen sehen, für solche Projekte zu kooperieren. So z. B. in der Autoindustrie die Zusammenarbeit von BMW, Audi und Daimler mit dem Ziel der Absicherung vollständiger „Wertschöpfungsketten“, wie die Herstellung von Batteriezellen, oder zur Erschließung neuer Profittfelder, wie im Bereich „automatisiertes Fahren“. Sie tragen allerdings kaum etwas zur Erhöhung der Produktivkraft bei. Wohl aber steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals und die Profitraten sinken tendenziell weiter. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn großen Ankündigungen zum Trotz die Investitionen stagnieren.

Aber es treten auch neue Aspekte der Kapitalverwertung hinzu. Produktive Tätigkeiten sind heute eingebettet in eine Infrastruktur, zu der unabdingbar die Partizipation am Wissen gehört. Es gehört zur Natur des Wissens, dass es durch seine Weitergabe nicht verbraucht wird. Ebenso gilt, dass digitale Waren nicht knapp sind (bei Weitergabe einer Kopie verdoppelt sich die Ware) und kollidieren damit mit einer grundlegenden Bedingung des Privateigentums. Nun können die Unternehmen natürlich – und sie tun es auch – technische (Kopierschutz) und rechtliche (Copyright) Vorkehrungen treffen, um das Eigentumsrecht mehr oder weniger durchzusetzen. Sicherlich müssen sie das und sind auch dazu in der Lage, den freien Wissensfluss einzuschränken und damit rationales gesellschaftliches Handeln und die Produktivkraftentwicklung zu hemmen. Doch das sind nur noch Verhinderungsstrategien, über die künftige Geschichtsbücher vielleicht einmal schreiben: „Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse entsprachen den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie verwandelten sich in Fesseln. Sie mussten gesprengt werden, sie wurden gesprengt.“

Was bedeutet „Industrie 4.0“?

Das Schlagwort „Industrie 4.0“ ist in erster Linie zu verstehen als Offensive des deutschen Monopolkapitals zur Durchsetzung eines neuen Produktionsregimes. Mit ihm sollen mehrere Ziele verfolgt werden.

Der deutsche Imperialismus will damit seine dominierende Stellung in der EU festigen und ausbauen. Hierzu soll massive Technologieförderung beitragen – finanziert aus staatlichen Mitteln, im Wesentlichen also durch die Werkstätigen. Mit dem Verweis auf den beträchtlichen Rückstand, den „Deutschland“ im Bereich der IT-Entwicklung habe, soll diese Kampagne, als notwendig und „alternativlos“ dargestellt werden. Deutschland soll „Leitmarkt für Industrie 4.0“ werden, verkündete die „Plattform Industrie 4.0“, das offizielle Sprachrohr des Zusammenschlusses von Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden. Gleichzeitig soll „Industrie 4.0“ aber auch eine Antwort auf den entsprechenden Zusammenschluss IIC (Industrial Internet Consortium) in den USA sein, zu dem ein Verhältnis besteht, das ebenfalls von Kooperation und Konkurrenz geprägt ist. Das Ziel ist jedenfalls, eine eigene, von den USA unabhängige IT-Infrastruktur zu entwickeln. Angesichts des Ausmaßes der Investitionen, die im Spiel sind und auf dem Spiel stehen, nimmt die Frage „Wer setzt die Standards?“ eine neue Dimension im weltweiten Konkurrenzkampf an; denn wer die Standards setzt, hat die Macht.

Mit der technologischen Entwicklung und in Wechselwirkung mit ihr vollziehen sich strukturelle Verschiebungen, sowohl innerhalb der Bourgeoisie als auch der Arbeiterklasse.

Veränderungen in der Kapitalstruktur

Die durch die Rationalisierung angehäuften Profite finden einerseits in diesem Innovations- und Rationalisierungsprozess z. T. neue, potenziell profitable Anlagemöglichkeiten, andererseits befördern sie die weitere Konzentration von Kapital. Gleichzeitig verschärft sich die Abhängigkeit der nicht-monopolistischen Bourgeoisie von den Monopolen, die zum Beispiel mittelständischen Industrieunternehmen neue Standards über die digitale Vernetzung der Wertschöpfungsprozesse diktieren und den steigenden Kostendruck an die Kette kleiner Zulieferunternehmen weiterreichen können.

Auch innerhalb der Monopole kommt es zu bedeutenden Strukturveränderungen. Traditionelle Industriekonzerne wie Bosch oder Siemens bauen ihre Geschäftsfelder im Richtung der Ent-

639 wicklung von Software aus, einerseits um ihre Unabhängigkeit im Konkurrenzkampf zu sichern,
640 andererseits um selbst Standards zu etablieren, die die Abhängigkeit von Zulieferern und An-
641 wendern ihrer eigenen Produkte vergrößert. Gleichzeitig wächst die Bedeutung originärer IT-
642 und netzbasierter Handelskonzerne, wie SAP, Google oder Amazon, als Dienstleister für die
643 Organisation der Produktion und den Verkauf der Produkte. Es besteht demnach eine starke
644 wechselseitige Abhängigkeit zwischen solchen Dienstleistern und klassischen Industriekon-
645 zernen.

646 Mit der wachsenden Bedeutung datenbasierter Technologien, von der Datenerfassung mit
647 Sensortechnik über ihre Übertragung in Datennetzen bis zur Verarbeitung mit leistungsfähiger
648 Rechentechnik, komplexen Algorithmen und Methoden der künstlichen Intelligenz, ergeben
649 sich weitreichende Abhängigkeiten, sowohl der Produktions- und Verteilungsprozesse als auch
650 der Organisation der Gesellschaft insgesamt von diesen Technologien. Die Information selbst,
651 d. h. die gewaltigen Datenmengen und die zugehörige Infrastruktur, wird so zu einem wichtigen
652 Produktionsmittel, und die Frage der Hoheit darüber zu einer strategischen Machtfrage, sowohl
653 in der innerkapitalistischen Konkurrenz als auch – und besonders – in der Klassenauseinander-
654 setzung.

655
656 Im Zusammenhang mit der andauernden Überproduktionskrise verschärft sich auch die Kon-
657 kurrenz zwischen den imperialistischen Zentren. In dieser Auseinandersetzung sind Vorteile in
658 der Produktivität, die durch verschärfte Ausbeutung und beschleunigte technologische Ent-
659 wicklung erzielt werden, sowie eine Verringerung der Abhängigkeit von den jeweils konkurrie-
660 renden Mächten von besonderer Bedeutung. Die einzelnen Staaten (oder auch Bündnisse –
661 wie die EU) haben dabei die Aufgabe, für die jeweilige Monopolbourgeoisie möglichst günstige
662 Bedingungen zu schaffen. Das Regierungsprogramm „Industrie 4.0“, aber auch die staatlich
663 initiierten Kampagnen zur „Energiewende“ oder zur Elektromobilität, deren primäres Ziel nicht
664 in der Umwelterhaltung, sondern in der Technologieförderung besteht, sind konkrete Maßnah-
665 men im Interesse des deutschen Monopolkapitals.

666
667 Zur Lage der Arbeiterklasse

668
669 Der Kapitalismus wäre kein Kapitalismus mehr, wenn die Unternehmer nicht danach streben,
670 ihre Offensive auf Kosten der Arbeiterklasse durchzusetzen. Die durch die Digitalisierung vor-
671 angetriebene Entwicklung der Produktionsabläufe zeigt die Möglichkeiten an, bis zu welchem
672 Grade das allgemeine menschliche Wissen zur unmittelbaren Produktivkraft werden kann und
673 daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des
674 general intellect kommen könnten. Doch „Wächter und Regulator“ des Produktionsprozesses
675 ist er allenfalls hinsichtlich der zu bedienenden Maschinerie. Bei allem Aussaugen seines „hu-
676 manen Kapitals“ hat der Arbeiter auf Sinn und Zweck seiner produktiven Tätigkeit weiterhin
677 keinen Einfluss. Stattdessen ist er konfrontiert mit Intensivierung der Arbeit, Forderungen nach
678 ständiger Erreichbarkeit und Flexibilisierung der Arbeitszeit, permanenter Kontrolle und Über-
679 wachung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes – Erscheinungen, denen sich viele nicht gewachsen
680 fühlen. In Folge davon sind Depression und Burn-Out zu Volkskrankheiten geworden.

681
682 Der Anteil von Beschäftigung jenseits des Normalarbeitsverhältnisses hat sich von 1991
683 bis 2015 nahezu verdoppelt. Das betrifft insbesondere Minijobs und andere geringfügige Be-
684 schäftigungen. 45 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen befristet. Daneben haben Leiharbeit
685 und Solo-Selbstständigkeit massiv zugenommen. Auch Werkverträge zählen zur Arbeitsreali-
686 tät. Hier verbinden sich prekärer Beschäftigungsstatus und niedriges Entgelt zu einer Erwerbs-
687 lage, die zwar Erwerbstätigkeit, aber kaum eigenständige Existenzsicherung und verlässliche
688 Lebensplanung garantiert. Darin besteht das „deutsche Jobwunder“.

689
690 Nicht nur die Tätigkeiten veränderten und verändern sich, sondern auch die Berufe und die
691 zugehörigen Ausbildungen. Die größten Auswirkungen werden derzeit nicht im industriellen
692 Sektor prognostiziert, sondern im größten Bereich der Volkswirtschaft, den Dienstleistungen.
693 Derzeit gehen unterschiedliche Prognosen davon aus, dass bis zu 50 Prozent von Jobs und
694 Berufen im Dienstleistungsbereich verschwinden oder sich deutlich verändern werden.

695
696 In den hochentwickelten imperialistischen Staaten hat der Anteil der Industrieangestellten in

den Unternehmen und unter ihnen wiederum der Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bereits seit den 50er Jahren beständig zugenommen. Im Zuge der Weiterentwicklung der Produktionsmittel und der sich ändernden Organisation der Produktion verliert diese bislang relativ autonome und in der betrieblichen Hierarchie höher eingestufte Schicht ihre privilegierte Stellung. Moralischer Verschleiß, Dequalifizierungsprozesse und die daraus resultierende Tendenz zur Entwertung ihrer Arbeitskraft rückt sie näher an den Status der Masse der Lohnabhängigen heran. Andere Teile dieser Schicht leben zum Teil als Schein- oder Solo-Selbstständige, sind mit besonders drastischen Formen der Ausbeutung wie Croudworking und Crowdsourcing konfrontiert, haben teilweise unterdurchschnittlichen Verdienst, schlechte soziale Absicherung oder nur sehr kurzfristige Zeitverträge. So bringt die Digitalisierung unter den Bedingungen der kapitalistischen Lohnarbeit und Erwerbstätigkeit ein „digitales Prekariat“ hervor, das ein Leben am Rande des Existenzminimums führt.	697 698 699 700 701 702 703 704 705 706 707 708
Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften	709 710
Dieser Prozess der weiteren Fragmentierung und Spaltung der Arbeiterklasse macht dadurch die Kampfbedingungen ihrer klassenbewussten Teile nicht einfacher.	711 712 713
Den Kapitalvertretern genügt dies alles nicht. Sie fahren einen Generalangriff gegen das bestehende Arbeitsrecht. Das Arbeitszeitregime wird generell in Frage gestellt und die totale Verfügbarkeit der Arbeiter gefordert. Der BDA hat die Bundesregierung aufgefordert, den Acht-Stunden-Tag aus dem Arbeitszeitgesetz zu streichen. Er passe nicht mehr ins digitale Zeitalter. Stattdessen sollte das Arbeitszeitgesetz von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden. Neue Worthülsen wie „selbstbestimmtes Arbeiten“, „Zeitsouveränität“, „Work-Life-Balance“, usw. verschleiern mögliche Gefahren die von der Flexibilisierung für die Werkstätigen ausgehen.	714 715 716 717 718 719 720 721 722
Die Realität sieht anders aus, das zeigen die Ergebnisse der im DGB-Index Gute Arbeit zusammengefassten Erhebungen. Die Arbeitsbelastung ist für fast die Hälfte der Werkstätigen gestiegen, wobei für die meisten dabei auch die Arbeitsmenge zugenommen hat. Entscheidungsspielräume wurden durch die Digitalisierung nur für eine Minderheit größer, die Work-Life-Balance blieb für die meisten unverändert, Überwachung und Kontrolle wurde für viele größer, nur wenige haben Einfluss auf den Einsatz digitaler Technik. Und alle Untersuchungen bestätigen die Beobachtung, dass „selbstbestimmtes Arbeiten“ in aller Regel zu Mehrarbeit führt.	723 724 725 726 727 728 729 730 731
Flankiert werden die Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten durch das „Weißbuch Arbeiten 4.0“ aus dem Hause der damaligen Arbeitsministerin Nahles, wo unter der Bezeichnung „Neuer Flexibilisierungskompromiss“ die Ansprüche des Kapitals zu offenen Fragen erklärt werden.	732 733 734 735
Klassenbewusste Gewerkschafter sind in einer komplizierten Lage, da die Diskussion in den Gewerkschaften die Kräfteverhältnisse in den Betrieben zu wenig berücksichtigt, bzw. in der Regel von Betrieben geprägt wird, in denen durch den hohen Organisationsgrad auch starke Betriebsräte existieren. Denn nur dort haben die Interessenvertretungen auch Möglichkeiten eigene Rahmenbedingungen zu setzen.	736 737 738 739 740 741
Der DGB-Vorsitzende Hoffmann meint, das Weißbuch setze die richtigen Prioritäten; der IG Metall-Vorsitzende Hofmann äußerte, „dass die Neuregulierung der Arbeitszeit gerade nicht über eine einfache und für alle verbindliche ‚Zahl‘ – wie die 35 – möglich ist. Eine solche Herangehensweise aber missachtet die betrieblichen Kräfteverhältnisse und kann nur zur weiteren Spaltung der Arbeiterklasse in durchsetzungsstarke Belegschaften von Großbetrieben und weiter von Ausgrenzung und sozialem Abstieg bedrohten Werkstätigen in Klein- und Mittelbetrieben führen. Die Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalgleich bleibt daher ein Kernthema des gewerkschaftlichen Kampfes. Wenn eine Reform von gesetzlichen Regelungen erforderlich ist, muss sie bei der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit im Arbeitszeitgesetz ansetzen, beispielsweise durch eine gesetzlich festgeschriebene Fünftagewoche bei 35 Stunden. Damit würden die Bedingungen auch in nicht tarifgebundenen Betrieben verbessert.	742 743 744 745 746 747 748 749 750 751 752 753 754

755 Aus der Flexibilisierung der Produktion ergibt sich kein sachlicher Grund für die Flexibilisierung
 756 der Arbeitszeit – außer dem Profitinteresse. Das Ziel der Unternehmen ist die optimale Aus-
 757 lastung der Produktion auch bei Auftragsschwankungen. Die so genannte „atmende Fabrik“
 758 benötigt Arbeit auf Abruf, um Kundenwünsche in kürzester Zeit zu erfüllen. Flexibilisierung
 759 der Arbeitszeit ist insofern lediglich eine verfeinerte Methode der Justierung des vorhandenen
 760 Arbeitsvermögens im Vergleich zu dem, was Marx vor 150 Jahren als „Expansion und Kon-
 761 traktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus
 762 entsprechen“ beschrieb. Das dabei Interessen der Werktätigen vorhanden sind, aus der Flexi-
 763 bilisierung eigene Vorteile zu ziehen muss dabei nicht in Abrede gestellt werden.

764
 765 Solche Reaktionen ersetzen nicht die nötigen kollektivrechtlichen Regelungen und Aktivitäten
 766 auf gesellschaftspolitischer Ebene. Zwar sind in vielen Bereichen auch tarifpolitische Forde-
 767 rungen entstanden und vereinzelt auch schon Bestandteil von Tarifverträgen bzw. mindestens
 768 laufender Tarifverhandlungen, jedoch wird auch dadurch aufgrund der beschriebenen Entwick-
 769 lung die drohende Spaltung der Arbeiterklasse noch nicht aufgehoben werden können. Es
 770 bleibt die unabdingbare Aufgabe, den Grundwiderspruch dieser Gesellschaft sichtbar zu ma-
 771 chen. „Arbeitszeitverkürzung statt Flexibilisierung!“ muss deshalb die Losung sein.

772
 773 Dieser Hintergrund unterstreicht die Bedeutung der Forderung der DKP zur Durchsetzung der
 774 30 Stundenwoche bei vollen Lohn- und Personalausgleich.

775
 776 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

777 Kein kompletter Ersatz der Zeilen 297–454, jedoch Annahme in einigen Teilen wie folgt:

778
 779 • Einfügung nach Zeile 370:

780 „Die Information selbst, d.h. die gewaltigen Datenmengen und die zugehörige Infrastruktur,
 781 wird zu einem wichtigen Produktionsmittel, und die Frage der Hoheit darüber zu einer strategi-
 782 schen Machtfrage, sowohl in der innerkapitalistischen Konkurrenz als auch – und besonders –
 783 in der Klassenseinsetzung.“

784
 785 • Zeile 382–387 ersetzen durch:

786 „Das Schlagwort „Industrie 4.0“ ist in erster Linie zu verstehen als Offensive des deutschen
 787 Monopolkapitals.

788 Der deutsche Imperialismus will damit seine dominierende Stellung in der EU festigen und
 789 ausbauen. Hierzu soll massive Technologieförderung beitragen – finanziert aus staatlichen Mit-
 790 teln, im Wesentlichen also durch die Werktätigen. Mit dem Verweis auf den beträchtlichen
 791 Rückstand, den „Deutschland“ im Bereich der IT-Entwicklung habe, soll diese Kampagne, als
 792 notwendig und „alternativlos“ dargestellt werden. Deutschland soll „Leitmarkt für Industrie 4.0“
 793 werden. Das Ziel ist, eine eigene, von den USA unabhängige IT-Infrastruktur zu entwickeln.“

794
 795 • Einfügung in Zeile 393:

796 „Die durch die Digitalisierung vorangetriebene Entwicklung der Produktionsabläufe zeigt die
 797 Möglichkeiten an, bis zu welchem Grade das allgemeine menschliche Wissen zur unmittelba-
 798 ren Produktivkraft werden kann und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebenspro-
 799 zesses selbst unter die Kontrolle des „general intellect“ kommen könnten. „Wächter und Regu-
 800 lator“ des Produktionsprozesses ist er allenfalls hinsichtlich der zu bedienenden Maschinerie.
 801 Bei allem Aussaugen seines „humanen Kapitals“ hat der Arbeiter weiterhin keinen Einfluss
 802 auf Sinn und Zweck seiner produktiven Tätigkeit. Stattdessen ist er konfrontiert mit Intensivie-
 803 rung der Arbeit, Forderungen nach ständiger Erreichbarkeit und Flexibilisierung der Arbeitszeit,
 804 permanenter Kontrolle und Überwachung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes – Erscheinungen,
 805 denen sich viele nicht gewachsen fühlen.“

806
 807 • Einfügung nach Zeile 408

808 „Der Anteil von Beschäftigung jenseits des Normalarbeitsverhältnisses hat sich von 1991 bis
 809 2015 nahezu verdoppelt. Das betrifft insbesondere Minijobs und andere geringfügige Beschäf-
 810 tigungen. 45 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen befristet. Daneben haben Leiharbeit und
 811 Solo-Selbstständigkeit massiv zugenommen. Auch Werkverträge zählen zur Arbeitsrealität.
 812 Hier verbinden sich prekärer Beschäftigungsstatus und niedriges Entgelt zu einer Erwerbslage,

die zwar Erwerbstätigkeit, aber kaum eigenständige Existenzsicherung und verlässliche Lebensplanung garantiert. Darin besteht das „deutsche Jobwunder“.“ 813

Begründung: 814

Der Antrag soll das komplette Kapitel A3 ersetzen. Dazu besteht nach Ansicht der AK kein sachlicher Grund. Die AK empfiehlt die teilweise Übernahme bzw. Ersetzung von einzelnen strittigen Teilen des Abschnittes A3. 815

Die sehr ausführlichen Überlegungen zu der Arbeit in den Gewerkschaften sprengen die Gesamtkonzeption des Leitantrages, werden aber im Antrag zur Parteientwicklung berücksichtigt. 816

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 817

Antrag Nr. LA096 818

Antragsteller: Gruppe Essen Frohnhausen/Holsterhausen 819

Zeilen: 329–332 820

Antragstext: 821

Ab 329: „Immer ... bis 332 „... Entwicklung.“ ersetzen durch: 822

„Weil das Kapital die Anwendung der neuen Produktivkräfte kontrolliert, führt der Produktivkraftsprung zu einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen.“ 823

Begründung: 824

Der Antrag sagt, dass immer Lohnabhängige den Folgen des Produktivkraftsprungs nicht gewachsen seien. Die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist jedoch keine automatische Folge des Produktivkraftsprungs, sondern nur seine Folge unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und negativen Kräfteverhältnissen. „nicht mehr gewachsen“ ist eine merkwürdige Beschreibung. Das Beispiel von Depression und Burn-Out wird hier unvermittelt gebracht und nicht erklärt. Wir halten die geänderte Formulierung deshalb für präziser. 825

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 826

Ablehnung 827

Begründung: 828

Zeile 301–307 besagt, dass es sich um „von der kapitalistischen Produktionsweise“ verursachte und geprägte Entwicklungen handelt. Die Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse werden in den Zeilen 323 ff deutlicher dargestellt als bei den Antragstellern. 829

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 830

Antrag Nr. LA097 831

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg 832

Zeile 353–355 833

Antragstext: 834

Streichen „Die Herausbildung ... der Arbeiterklasse.“ 835

Ersetzen durch: Die Herausbildung einer neuen Stufe der Trennung von Hand- und Kopfarbeit verändert zugleich die Zusammensetzung und die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse: Auf der einen Seite werden von einer wachsenden Zahl von Produktionsarbeiter(inne)n IT-Qualifikationen und die Übernahme von Steuerungsfunktionen im Produktionsprozess erwartet, auf der anderen Seite werden durch zunehmende Standardisierung und Zergliederung von Verwaltungstätigkeiten, aber auch von Softwareentwicklung und Dienstleistungen im IT-Sektor die Qualifikationen der in diesen Sektoren tätigen Beschäftigten tendenziell entwertet. 836

871 **Begründung:**
872 Die „Herausbildung einer neuen Stufe der Trennung von Hand- und Kopfarbeit“ müsste schon
873 etwas erläutert werden! Das versuchen wir hier.

874
875 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**
876 Annahme

877
878 **Begründung:**

879
880 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

881
882

883 **Antrag Nr. LA098**

884 **Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg**

885 **Zeilen 359–360**

886 **Antragstext:**

887
888

889 Streichen.

890 Ersetzen durch: Die durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse erzielten Profite finden
891 im auf die Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gestützten
892 beschleunigten Innovationszyklus neue potenziell profitable Anlagemöglichkeiten.

893
894

894 **Begründung:**

- 895 1. „Profitmassen“ ist u. E. eine unglückliche Formulierung.
896 2. Wem werden/wurden sie abgepresst?
897 3. Ist Wissenschaft die Triebkraft???

898
899

899 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

900 Ablehnung

901
902

902 **Begründung:**

903
904

904 **Keine sprachliche und inhaltliche Verbesserung, sondern Verkomplizierung.**

905
906

906 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

907
908

909 **Antrag Nr. LA099**

910 **Antragsteller: WG Stuttgart – Bad Cannstatt**

911 **Zeile 372:**

912 **Antragstext:**

913
914

914 Dieselmotor durch Verbrennungsmotor ersetzen.

915
916

916 **Begründung:**

917 Die Verallgemeinerung ist angemessener.

918
919

919 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

920 Annahme

921
922

922 **Begründung:**

923
924

924 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

925
926

927
928

Antrag Nr. LA100	929
Antragsteller: Gruppe Münster	930
Zeilen: 372	931
Antragstext:	932
Zeile 372: „Dieselmotor“ durch „Verbrennungsmotor“ ersetzen.	933
	934
	935
Begründung:	936
Verbrennungsmotor ist umfassender	937
	938
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	939
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA099	940
	941
Begründung:	942
	943
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	944
	945
	946
	947
Antrag Nr. LA101	948
Antragsteller: KMV Offenbach	949
Zeilen: 372	950
Antragstext:	951
„Dieselmotor“ ersetzen durch „Verbrennungsmotor“	952
	953
	954
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	955
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA099	956
	957
Begründung:	958
	959
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	960
	961
	962
	963
Antrag Nr. LA102	964
Antragsteller: BMV Nordbayern	965
Zeilen 372–375:	966
Antragstext:	967
	968
Ursprünglicher Text: Mit dem absehbaren Ende des Dieselmotors und der Bedeutungszunahme der Elektromobilität, der Sensortechnik bis hin zur künstlichen Intelligenz steht auch die Automobilindustrie, in der Software- und Datenkompetenz eine immer größere Rolle spielen, vor einem Umbruch.	969
	970
	971
	972
	973
NEU: Mit der Bedeutungszunahme der Elektromobilität, der Sensortechnik bis hin zur künstlichen Intelligenz steht auch die Automobilindustrie, in der Software- und Datenkompetenz eine immer größere Rolle spielen, vor einem Umbruch.	974
	975
	976
	977
Begründung:	978
Das Ende des Dieselmotors ist nicht absehbar.	979
	980
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	981
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA099	982
	983
Begründung:	984
	985
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	986

987
988
989
990
991
992
993
994
995
996
997
998
999
1000
1001
1002
1003
1004
1005
1006
1007
1008
1009
1010
1011
1012
1013
1014
1015
1016
1017
1018
1019
1020
1021
1022
1023
1024
1025
1026
1027
1028
1029
1030
1031
1032
1033
1034
1035
1036
1037
1038
1039
1040
1041
1042
1043
1044

Antrag Nr. LA103

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 393–397

Antragstext:

Streichen: Vor dem Hintergrund ... verschwendet werden.

Ersetzen durch: Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse besteht die Haupttendenz darin, dass mit dem zunehmenden Ausschluss immer größerer Teile der Arbeiterklasse aus dem Verwertungsprozess die Potenziale der menschlichen Produktivkraft mehr und mehr verschwendet werden.“

Begründung:

Die Arbeitskraft wird ja nicht ausschließlich verschwendet – eine gewisse Menge braucht das Kapital ja nun mal zur Verwertung. Aber die Richtung des Prozesses ist klar und sollte aufgezeigt werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA104

Antragsteller: KMV Regensburg

Vor Zeile 401:

Antragstext:

Einfügen: Bereits im Leitantrag des 21. Parteitags haben wir Aussagen zu Strukturveränderungen auf der Seite der Arbeiterklasse getroffen. Eine weitere bedeutsame Veränderung ist:

Begründung:

Die Strukturveränderungen auf der Seite der Arbeiterklasse (Zeile 389 ff.) beziehen sich fast ausschließlich auf die Seite der Angestellten und den Übergang von Mittelschichten in die Arbeiterklasse. Weil keine anderen Aussagen zur Arbeiterklasse im Leitantrag enthalten sind scheint es so, als ob dies die alleinigen Veränderungen in der Entwicklung der Hauptklassen (= Überschrift Kapitel III) seien. Durch den Bezug auf den Leitantrag des 21. Parteitags (Kapitel „Arbeiterklasse heute) kann dieses Missverständnis vermieden werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA095

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA105

Antragsteller: GO Stuttgart Nord

Zeilen: 410–412

Antragstext:

ersetzen durch: Insbesondere in niedrig- und mittelqualifizierten Angestelltenbereichen werden im Zuge neuer Automatisierungsmöglichkeiten weiter Arbeitsplätze abgebaut.

Begründung:	1045
Alte Formulierung erweckt den Eindruck als ob die ein natürlicher Vorgang wäre.	1046
	1047
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1048
Annahme	1049
	1050
Begründung:	1051
	1052
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1053
	1054
	1055
	1056
Antrag Nr. LA106	1057
Antragsteller: GO Stuttgart Nord	1058
Zeilen: 413–416	1059
Antragstext:	1060
	1061
Streichen von (wie zum Beispiel ... einzuschränken.	1062
	1063
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1064
Annahme	1065
	1066
Begründung:	1067
	1068
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1069
	1070
	1071
	1072
Antrag Nr. LA107	1073
Antragsteller: Betriebsaktiv München	1074
Zeilen 413–414	1075
Antragstext:	1076
	1077
Streichen der Klammer.	1078
	1079
Begründung:	1080
Die Beispiele Lean-Production bzw. Toyota-Produktionssystem sind in diesem Zusammen-	1081
hang nicht hilfreich, sondern eher verwirrend. Diese Produktionsprinzipien geben erst einmal	1082
mehr Verantwortung in die Teams der Arbeiter/Angestellten, wodurch Handlungsspielräume	1083
und Kontrollmöglichkeiten eher nicht eingeschränkt, sondern im Verständnis der meisten Kol-	1084
legInnen erweitert werden.	1085
Es geht uns nicht darum, diese Produktionssysteme zu verteidigen (da sie ja z. B. in Bezug auf	1086
Rationalisierungsmaßnahmen etc. durchaus stark zu kritisieren sind!), sondern sie an genau	1087
dieser Stelle nicht zu nennen, da sie hier verwirrend wirken.	1088
	1089
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1090
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA106	1091
	1092
Begründung:	1093
	1094
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1095
	1096
	1097
	1098
	1099
	1100
	1101
	1102

1103
1104
1105
1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158
1159
1160

Antrag Nr. LA108

Antragsteller: Betriebsaktiv München

Zeilen 416–417:

Antragstext:

Streichen: Nicht zuletzt ... Ausbeutung.

Stattdessen: Sekundengenaue, datenbasierte Kontrolle der Arbeitsprozesse (z. B. Ticket-Systeme) auf der einen Seite führen genauso wie eine Aufweichung fester Arbeitszeiten und -orte auf der anderen Seite zu einer Intensivierung der Ausbeutung.

Begründung:

Gerade im technologischen Angestelltenbereich ist die datenbasierte Kontrolle von Arbeitsprozessen nur ein Grund für die Intensivierung der Ausbeutung und sollte zum einen durch ein Beispiel konkretisiert (s. Klammer) und zum anderen ergänzt werden. Viele KollegInnen, die in diesem Bereich arbeiten, erleben eine Intensivierung der Ausbeutung v. a. über eine Deregulierung ihrer Arbeitszeiten (und -orte). So gibt es in einem Großteil von IT-Firmen keinerlei Kontrollsysteme über die Arbeitszeit (wie z. B. Stempeln) und es wird erwartet, dass die KollegInnen an wichtigen Projekten auch mal am Wochenende von zu Hause aus weiterarbeiten. Diese Entgrenzung von Arbeitszeiten erfolgt häufig ohne äußere Kontrollsysteme, sondern „nur“ über indirekt ausgesprochene Erwartungen oder den Vergleich mit KollegInnen und führt genauso wie engmaschige Kontrollen zu einer Intensivierung der Ausbeutung, weshalb wir das Problem an dieser Stelle mit benennen sollten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA109

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 443

Antragstext:

Streichung der Klammer

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA110

Antragsteller: KMV Offenbach

Zeilen: 451–454

Antragstext:

„Diese modernen Proletarier.... Klassenpolitische Orientierungslosigkeit“ streichen

Begründung:

Dies ist kein alleiniges Kennzeichen für diesen Teil der Arbeiterklasse, sondern trifft auf einen großen Teil der gesamten Klasse zu.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1161
Annahme	1162
	1163
Begründung:	1164
	1165
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1166
	1167
	1168
	1169
Antrag Nr. LA111	1170
Antragsteller: MV Kiel	1171
Zeilen: 451	1172
Antragstext:	1173
	1174
Folgende Ergänzung hinter „Diese modernen Proletarier“ einfügen:	1175
, die sich aufgrund ihrer bisherigen Position im Produktionsprozess noch über dem Großteil der Klasse sehen, verfügen....	1176
	1177
	1178
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1179
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA110	1180
	1181
Begründung:	1182
	1183
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1184
	1185
	1186
	1187
Antrag Nr. LA112	1188
Antragsteller: MV Kiel	1189
Zeilen: 453	1190
Antragstext:	1191
	1192
Streichung des Satzteils: sowie eine gewisse klassenpolitische Orientierungslosigkeit.	1193
	1194
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1195
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA110	1196
	1197
Begründung:	1198
	1199
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1200
	1201
	1202
	1203
Antrag Nr. LA113	1204
Antragsteller: GO Stuttgart Nord	1205
Zeilen: nach 455	1206
Antragstext:	1207
	1208
Absatz einfügen:	1209
„Gleichzeitig wird die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse durch neue Formen des „Teile und Herrsche“- Prinzips weiter gesteigert. Leiharbeit, befristete Arbeit, Werksverträge mit Sub-Unternehmen, Mini – Jobs, Schein –Selbständigkeit und vieles andere werden zur Zersplitterung der Klasse in konkurrierende Interessengruppen gegen die kleiner werdenden Stammbesellschaften eingesetzt. Dies schafft soziale Unsicherheit. Verstärkt wird dieser Druck insbesondere durch die Hartz 4 – Gesetze.“	1210
	1211
	1212
	1213
	1214
	1215
	1216
Begründung:	1217
Es geht nicht nur um die „neuen Teile“, sondern um die ganze Arbeiterklasse, und es geht um	1218

1219 neue Strukturen und Ebenen der Klassenauseinandersetzung.

1220

1221

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

1222 Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA095

1223

1224

Begründung:

1225

1226

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1227

1228

1229

1230

Antrag Nr. LA114

1231

Antragsteller: Gruppe Frohnhausen/Holsterhausen

1232

Zeilen: 462–464

1233

Antragstext:

1234

Zeile 462–464, Streichen

1236

1237

Begründung:

1238

Dass die Widerstände an Struktur und Dynamik gewinnen, halten wir – zumindest in dieser Formulierung – für eine gewagte These. Die nachfolgenden Zeilen beschreiben den Zustand ausreichend.

1239

1240

1241

1242

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

1243

Annahme

1244

1245

Begründung:

1246

1247

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1248

1249

1250

1251

Antrag Nr. LA115

1252

Antragsteller: LMV Berlin

1253

Zeilen 462–464

1254

Antragstext:

1255

Streichung

1256

„Die inneren Widerstände gegen die Kapitaloffensive gewinnen an Struktur und Dynamik“

1258

1259

Begründung:

1260

Wir bezweifeln, dass an dieser Stelle wirklich von einer Struktur und Dynamik gesprochen werden kann. Handelt es sich nicht eher um punktuelle Widerstände und Kapitalalternativen anstelle von Systemalternativen? Die nächsten beiden Abschnitte (Z. 465–477) beschreiben einerseits, dass es sich um Reform- und Abwehrkämpfe handelt. Andererseits wird deutlich gemacht, dass es sich teilweise gar um Kämpfe mit ständischem und nationalistischem Charakter handeln.

1261

1262

1263

1264

1265

1266

1267

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

1268

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA114

1269

1270

Begründung:

1271

1272

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1273

1274

1275

1276

Antrag Nr. LA116

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeilen 462–464:

Antragstext:

Streichen den Satz: „Die inneren Widerstände gegen die Kapitaloffensive gewinnen an Struktur und Dynamik.“

Begründung:

Leere Worthülsen. Vor allem: was sind „innere“ Widerstände“? Welche Struktur? Welche Dynamik? Das will doch differenziert beschrieben sein. So klingt es nach Gesundbeten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA114

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA117

Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt

Zeilen: 462–464

Antragstext:

Streichen

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA114

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA118

Antragsteller: LMV Berlin

Zeilen: nach 464

Antragstext:

Hinter der Zeile 464: Einfügen eines neuen Absatzes:

„Die Arbeiterklasse ist in diesen Klassenauseinandersetzungen objektiv die entscheidende Kraft. Im Protest, wie zur Veränderung der Verhältnisse: Generalstreiks der Gewerkschaften haben insbesondere seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise in Portugal, Spanien, Griechenland Hunderttausende, Ja Millionen auf die Straße gebracht und machten demonstrativ deutlich, welche Kraft sie entfalten können.

International koordinierte Kampfaktionen sind immer noch die Ausnahme. Die Vernetzung der Gewerkschaften ist ungenügend. Das liegt auch an sozialpartnerschaftlichen Illusionen, die immer noch in der Gewerkschaftsbasis verankert ist. Es wird daher viel davon abhängen, ob sich die Gewerkschaften in dieser Situation von Illusionen über Sozialpartnerschaft und Co-Management verabschieden und stattdessen Klassen Interessen wahrnehmen. Dafür treten Kommunistinnen und Kommunisten ein. Notwendig sind Gewerkschaften, die eine autonome Interessenvertretung betreiben, selbst politisch und Teil einer Massenbewegung gegen die Krisenpolitik der Herrschenden wird. Notwendig sind Gewerkschaften, die massivere Aktionen für ihre eigenen Forderungen nach Rücknahme des Sozialraubs der vergangenen Jahre entwickeln. Hier ist es Aufgabe der Kommunisten ein Klassenbewusstsein zu entwickeln.“

1277
1278
1279
1280
1281
1282
1283
1284
1285
1286
1287
1288
1289
1290
1291
1292
1293
1294
1295
1296
1297
1298
1299
1300
1301
1302
1303
1304
1305
1306
1307
1308
1309
1310
1311
1312
1313
1314
1315
1316
1317
1318
1319
1320
1321
1322
1323
1324
1325
1326
1327
1328
1329
1330
1331
1332
1333
1334

1335
1336
1337
1338
1339
1340
1341
1342
1343
1344
1345
1346
1347
1348
1349
1350
1351
1352
1353
1354
1355
1356
1357
1358
1359
1360
1361
1362
1363
1364
1365
1366
1367
1368
1369
1370
1371
1372
1373
1374
1375
1376
1377
1378
1379
1380
1381
1382
1383
1384
1385
1386
1387
1388
1389
1390
1391
1392

Begründung:

Gewerkschaften als größter Teil der organisierten Arbeiterklasse müssen auch unsere besondere Aufmerksamkeit haben, da es insbesondere auf ihre Positionierung in der Auseinandersetzung um einen Stopp der Kapitaloffensive ankommt. Daher sollte eine Einschätzung auf Aufgabenbestimmen noch vor anderen Linkskräften erfolgen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK hält die Ausführungen zur Rolle der organisierten Arbeiterkämpfe (Zeilen 465 ff) für ausreichend.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA119

Antragsteller: LMV Berlin

Zeile 465:

Antragstext:

„Auf der Linken ...“ ändern in: „Es ...“

Begründung:

In der Diskussion erwies sich unseres Erachtens, dass die Begrifflichkeit „auf der Linken“ zu kurz greift, da sich auch im liberalen und bürgerlichen Lager solche Bewegungen formieren und wir auch in diesen mitwirken.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA120

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 466

Antragstext:

Zeile 466: Streichung des Wortes „starke“

Begründung:

Die Charakterisierung mit „stark“ halten wir hier bzw. mittlerweile für übertrieben.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Bewegungen wie die von J. Corbyn, B. Sanders, J.-L. Mélenchon kann man ohne Übertreibung durchaus als „starke“ bezeichnen.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA121

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Stuttgart – Bad Cannstatt

Zeile 467

Antragstext:

In Zeile 467 ergänzen: ... durchsetzen wollen. Auch die EU-weite Bewegung gegen TTIP und CETA war ein machtvolles Beispiel des Widerstands gegen imperialistische Politik bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Es ...

Begründung:

Der Hinweis auf TTIP und CETA ist eine wichtige Ergänzung.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA122

Antragsteller: LMV Berlin

Zeile 470:

Antragstext:

„sozialreaktionären“ streichen

Begründung:

Aus der Diskussion in der Gruppe ergab sich die Frage, ob es auch andere Angriffe als eben sozialreaktionäre durch das Kapital erfolgen und da dies unserer Meinung nach nicht der Fall ist, dient dieser Begriff nicht dem Textverständnis, er ist aber auch nicht wirklich störend.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA123

Antragsteller: Kreis Tübingen

Zeilen: 479–485

Antragstext:

Kommunistische Parteien [...] kommunistische Parteien.“ streichen

Begründung:

Für die Argumentation des Leitantrags ist es unerheblich welche Länder und Parteien wir als sozialistisch, bzw. kommunistisch einschätzen. Im Leitantrag wird die Selbstbezeichnung der jeweiligen Parteien und Länder einfach unkritisch übernommen. Wenn wir die Begriffe sozialistisch und kommunistisch aber nicht der Beliebigkeit preisgeben wollen, sollten derartige Einschätzungen nicht durch eine Randbemerkung im Leitantrag geklärt werden, sondern auf Grundlage kollektiv diskutierter Kriterien.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

1393
1394
1395
1396
1397
1398
1399
1400
1401
1402
1403
1404
1405
1406
1407
1408
1409
1410
1411
1412
1413
1414
1415
1416
1417
1418
1419
1420
1421
1422
1423
1424
1425
1426
1427
1428
1429
1430
1431
1432
1433
1434
1435
1436
1437
1438
1439
1440
1441
1442
1443
1444
1445
1446
1447
1448
1449
1450

1451
1452
1453
1454
1455
1456
1457
1458
1459
1460
1461
1462
1463
1464
1465
1466
1467
1468
1469
1470
1471
1472
1473
1474
1475
1476
1477
1478
1479
1480
1481
1482
1483
1484
1485
1486
1487
1488
1489
1490
1491
1492
1493
1494
1495
1496
1497
1498
1499
1500
1501
1502
1503
1504
1505
1506
1507
1508

Begründung:

In den angesprochenen Zeilen wird die Rolle der kommunistischen Bewegung skizziert. Diese Bewegung existiert real in einer sehr großen Anzahl von Staaten in einer breiten Vielfalt und zum Teil auch in einigen Ländern in verschiedenen Parteien. Sie strukturiert sich aber seit Jahren um die jährlichen Konferenzen, zu der seit kurzem auch die KPen aus China und Vietnam gehören. Diese Konferenzen besitzen eine zunehmende Ausstrahlung auf allen Kontinenten. Die letzte Konferenz fand in Leningrad (St. Petersburg) zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution statt. Alle Parteien verstehen sich und sehen sich als Organisationen die sich von den Lehren von Marx, Engels und Lenin leiten lassen. Ihre nationalen Besonderheiten und zum Teil auch Selbstbenennungen ohne die übliche Bezeichnung „KP“ ist nichts Besonderes.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA124

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 482–485

Antragstext:

Zeile 482: Streichung ab „In anderen Regionen...“ einschließlich Zeile 485.

Begründung:

Die bloße Aufzählung der Parteien wirft mehr Fragen auf als sie beantwortet. Es bedürfte hierzu einer Einschätzung der Parteien und ihrer Rolle im jeweiligen Land. Dies kann und muss der Leitantrag nicht leisten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA123

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA125

Antragsteller: MV Kiel

Zeilen: 484–485

Antragstext:

: letzten Satz ersatzlos streichen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA123

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA126

Antragsteller: BMV Hamburg

Zeilen: 484–485

Antragstext:

Streichen Zeile 484/485: „In einigen Ländern (China, Kuba, Laos und Vietnam) regieren kommunistische Parteien.“ Ersetzen durch die entsprechende Stelle aus dem Programm der DKP: „Zu den Kräften des Widerstands und des Fortschritts auf internationaler Ebene zählen auch Staaten mit sozialistischer Orientierung und mit Regierungen die – gestützt auf die Bevölkerung – eine

Alternative zum Neoliberalismus suchen und sich gegen die Dominanz des US Imperialismus in den internationalen Beziehungen wehren. Eine besondere Bedeutung kommt Kuba zu, das sich unter schwierigsten Bedingungen den sozialistischen Weg gegen alle imperialistischen Angriffe verteidigt.	1509 1510 1511 1512
Begründung:	1513
China und Kuba einfach nur als Länder zu charakterisieren, in denen kommunistische Parteien regieren, verkennt deren Charakter als sozialistische Staaten. Unser Problem in der Partei, dass wir keine gemeinsame politische Position dazu haben, wie wir die verschiedenen Länder einschätzen, darf nicht dazu führen, dass wir das Wort sozialistisch nicht mehr in den Mund nehmen.	1514 1515 1516 1517 1518 1519
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1520
Annahme der Intention des Antrags durch Umformulierung des Leitantrages in Zeile 485: „... Ländern mit regierenden Kommunistischen Parteien (Volksrepublik China, Republik Kuba, Demokratische Volksrepublik Laos, Sozialistische Republik Vietnam und die Demokratische Volksrepublik Nordkorea) halten am sozialistischen Entwicklungsweg fest.“	1521 1522 1523 1524 1525
Begründung:	1526
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1527 1528 1529 1530
Antrag Nr. LA127	1531
Antragsteller: KMV Regensburg	1532
Zeile 485:	1533
Antragstext:	1534 1535
Streichen die Klammer „(China, Kuba, Laos und Vietnam)“.	1536 1537
Begründung:	1538
Wollen wir an dieser Stelle eine Debatte lostreten über z. B. Laos? Wenn die Klammer bleiben soll, dann Nordkorea auch auflisten.	1539 1540 1541
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1542
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA126	1543 1544
Begründung:	1545 1546
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	1547 1548 1549 1550
Antrag Nr. LA128	1551
Antragsteller: Gruppe Berlin-Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf	1552
Zeilen: 484–485	1553
Antragstext:	1554 1555
Es heißt dort: In einigen Ländern (China, Kuba, Laos und Vietnam) regieren kommunistische Parteien.	1556 1557
Antrag: In der Zeile 485 muss die Demokratische Volksrepublik Korea eingefügt werden.	1558 1559
Begründung:	1560
Die DVRK wird von der Kommunistischen Partei regiert. Das ist eine Tatsache, die nicht ignoriert werden kann und darf.	1561 1562 1563
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	1564
Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA126	1565 1566

1567
1568
1569
1570
1571
1572
1573
1574
1575
1576
1577
1578
1579
1580
1581
1582
1583
1584
1585
1586
1587
1588
1589
1590
1591
1592
1593
1594
1595
1596
1597
1598
1599
1600
1601
1602
1603
1604
1605
1606
1607
1608
1609
1610
1611
1612
1613
1614
1615
1616
1617
1618
1619
1620
1621
1622
1623
1624

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA129

Antragsteller: GO Stuttgart Süd

Zeilen: 487–501

Antragstext:

Seite 12/Zeilen 487–501/Absätze ändern in:

Es sind heute die führenden Kräfte der NATO, die die aggressivste Außenpolitik praktizieren – militärische Interventionen, die Unterstützung von und Waffenlieferungen an reaktionäre Gruppen und Regierungen, sowie die massive eigene Aufrüstung zur Vorbereitung der nächsten Kriege sind allgegenwärtig. Durch eine massive bürgerliche Propaganda, die sich durch nahezu alle Medien zieht, werden jedoch stets Russland, China und andere Staaten als die Hauptaggressoren in der Welt präsentiert, was die tatsächliche Situation auf den Kopf stellt und die Aggressionen der westlichen Staaten rechtfertigt, relativiert oder verschweigt.

Auch in Zeiten, in denen sich Koalitionen und Bündnisse stetig ändern, Diktaturen im Interesse der Nato-Staaten an einem Tag unterstützt und relativiert werden, am nächsten Tag aber schon das Land „zur Verteidigung der Menschenrechte“ in Schutt und Asche gebombt wird, in denen auf beiden Seiten der Konflikte kapitalistische Ausbeuter und Unterdrücker stehen, gelten unsere Grundsätze als Kommunisten: Unser Hauptfeind steht im eigenen Land, wir tragen die Verantwortung dafür, dass aus Deutschland nicht weiter Tod und Leid in die Welt gebracht werden. Wir führen damit den selben Kampf wie die Bewegungen gegen imperialistische Kriege in anderen Ländern und sind solidarisch mit all denen, die sich ebenfalls im Interesse der weltweiten Arbeiterklasse für Frieden und ein Ende der imperialistischen Aggressionen einsetzen.

Begründung:

Das Kapital aus verschiedenen Ländern steht immer in einem gewissen Konkurrenzverhältnis. In temporären Bündnissen wird je nach Gelegenheit und Taktik in dieser oder jener Konstellation, mal friedlicher mal gewalttätiger versucht, das eigene Interesse durchzusetzen. Wenngleich außer Frage steht, dass im weltweiten Maßstab die führenden Nato-Staaten in den letzten Jahrzehnten die aggressivste Außenpolitik praktizieren, Russland und China i.d.R. in einer verteidigenden Position sind – von der Geschichte der Aggression gegen Russland, bzw. die Sowjetunion und der Besetzung Chinas bis ins 20. Jahrhundert ganz zu schweigen – wäre eine grundsätzliche Verortung dieser Staaten im Lager des Antiimperialismus falsch. Jedes entwickelte Land, das auf einer kapitalistischen Wirtschaft basiert, hat die Tendenz, die Interessen des eigenen Kapitals gegen Konkurrenten und natürlich gegen die Arbeiterklasse des eigenen und der anderen Staaten durchzusetzen. Das kleine Einmaleins der politischen Ökonomie wird durch die größeren Zusammenhänge nicht aufgehoben. In jedem Land gibt es zudem chauvinistische Kräfte, die sich gegen die Interessen von Minderheiten oder andere Staaten richten. Lassen wir dies außer Acht, behaupten wir, die Politik Russlands sei lediglich auf die eigene „Souveränität und Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen“ ausgerichtet, ist das schlicht verkürzt und falsch.

Eine starke Friedensbewegung wie wir sie gerade im Hinblick auf die zunehmende Kriegsgefahr durch die Einkreisung Russlands dringend brauchen, kann nur durch richtige Analysen und einen klaren Klassenstandpunkt, der die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Krieg aufzeigt und deutlich macht, dass die Arbeiterklasse in allen Ländern kein Interesse an Kriegen und Aufrüstung haben kann, erreicht werden. Eine Übernahme der Positionen der russischen Regierung, die aufgrund ihrer Situation natürlich kein Interesse an einer Eskalation der Konflikte und die weitere Stärkung des westlichen Imperialismus hat, die aber eben auch zu allen möglichen Bündnissen bereit ist (16 Jahre lang Teil der G8, immer wieder ein enges Verhältnis zur AKP-Regierung des Nato-Staates Türkei, eine positive Bezugnahme und die Zusammenarbeit mit rechten Kräften in Europa usw. usf.), ist mit Sicherheit keine funktionierende Grundlage. Nicht „Putin-Versteher“ oder „Putin-Freunde“ werden in Deutschland eine wichtige Rolle in den kommenden Kämpfen für Frieden spielen (sie machen es denn Kriegshetzern stattdessen

umso einfacher die Friedensbewegung zu diffamieren), sondern diejenigen die sachlich und objektiv darlegen können wer die Hauptaggressoren sind, worin unsere Interessen bestehen und wie wir die Perspektive einer friedlichen, d. h. auch sozialistischen Welt durchsetzen können. 1625
1626
1627
1628

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 1629
Ablehnung 1630
1631

Begründung: 1632
Im Wesentlichen werden die Einschätzungen bereits knapper und präziser im Leitantrag gegeben. Die weiteren Passagen formulieren eher Aufgaben. Diese werden in Kapitel III, Zeile 878–910 aber konkreter formuliert. 1633
1634
1635
1636

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 1637
1638

Antrag Nr. LA130 1639
1640

Antragsteller: Oldenburg 1641
1642

Zeilen: nach 485 1643
1644

Antragstext: 1645
1646

Einfügen zwischen den Absatz „Kommunistische Parteien“ und „Die führenden imperialistischen Mächte“: 1647
1648

„Die internationale Kriegsgefahr steigt sprunghaft seit der weltweiten kapitalistischen Krise ab 2007. Die Neuaufteilung der Welt unter den Großmächten geht in eine neue Runde. Die US-Imperialisten sehen ihre Vormachtstellung aufgrund des Aufstrebens neuer ökonomischer Konkurrenten wie den BRICS-Staaten gefährdet. Das nötigt sie zu einer noch aggressiveren Politik als bisher. Die großen Staaten der EU, allen voran Deutschland, emanzipieren sich währenddessen immer stärker von den USA. Ist es beim US-Imperialismus die relative ökonomische Schwäche, die sie dazu zwingt mit militärischer Gewalt ihre Vormachtstellung zu sichern, ist es im Falle Deutschlands die relative ökonomische Stärke, die es ihr ermöglicht ihre Stellung in der Imperialistischen Pyramide auch militärisch zu ihrem Gunsten zu verschieben. Sie sind sich dabei einig ...“ 1649
1650
1651
1652
1653
1654
1655
1656
1657
1658
1659

weiter wie im Original „in ihrer Strategie der Einkreisung ...“ 1660
1661

Begründung: 1662
1663

Im Entwurf fehlt die Herleitung zu dem Offensichtlichen, worin sich die führenden Imperialisten einig sind, nämlich ihrer Strategie bezüglich der RF und VR China. Also worin liegt die Aggressivität begründet und worin unterscheiden sich die Beweggründe. 1664
1665
1666
1667

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 1668
1669

Ablehnung 1670
1671

Begründung: 1672
1673

Die AK sieht die Intention der Antragsteller besser aufgehoben durch die Einschätzung des Leitantrags in den Zeilen 512–539. 1674
1675

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 1676
1677

1678

1679

1680

1681

1682

1683
1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700
1701
1702
1703
1704
1705
1706
1707
1708
1709
1710
1711
1712
1713
1714
1715
1716
1717
1718
1719
1720
1721
1722
1723
1724
1725
1726
1727
1728
1729
1730
1731
1732
1733
1734
1735
1736
1737
1738
1739
1740

Antrag Nr. LA131

Antragsteller: GO Stuttgart Nord

Zeilen: 489–495

Antragstext:

S.12 Z: 489–495 umstellen

„Wenn die VR China ... verteidigen, ist dies legitim. Durch ihre Interessen nach einer multipolaren Welt verteidigen sie die Charta der Vereinten Nationen in ihrer Außenpolitik. Dies liegt objektiv im Interesse ... Kräfte der Welt.

Begründung:

Klarer formuliert und in diesem Zusammenhang sind die Interessen Russlands als kapitalistisches Land zur Begründung: nicht relevant.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme mit Änderung in folgender Form:

„Wenn die VR China ... verteidigen, ist dies legitim. Durch ihre Interessen an einer multipolaren Welt verteidigen sie die Charta der Vereinten Nationen in ihrer Außenpolitik. Auch wenn die Multipolarität die systembedingten innerimperialistischen Widersprüche und schon gar nicht die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Block und den antiimperialistisch oder sozialistisch orientierten Staaten keineswegs lösen kann, sondern diese sogar teilweise vertieft, begrenzt sie die Dominanz der imperialistischen Hauptmacht USA. Dies liegt objektiv im Interesse ... Kräfte der Welt.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA132

Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord

Zeilen: 489–495

Antragstext:

Ersetzen ab „Wenn die VR China...“ durch:

„Dieser Kriegsgefahr halten wir die nationale Souveränität aller Länder entgegen und fordern ein Menschenrecht auf Frieden. Dessen Verankerung zu erkämpfen, ist unsere Aufgabe als KommunistInnen und PazifistInnen.“

Begründung: Wir teilen die getroffene Einschätzung nicht zur Gänze. Zweifellos geht von der NATO eine imperialistische Kriegsgefahr aus. Deren Gegner aber leichthin als Friedenshoffnung zu deklarieren, erscheint uns naiv. Deshalb zielt unsere Formulierung auf allgemeinere friedenspolitische Forderung ab.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Kommunisten sind keine Pazifisten. Ihr Kampf für Frieden und gegen Militarismus erfolgt von Klassenpositionen aus und schließt die Berechtigung und Notwendigkeit zur Führung gerechter Kriege ein; so z. B. gegen Kolonialismus und Faschismus, aber auch ggf. die Führung eines aufgezwungenen Bürgerkrieges zur Verteidigung bzw. Durchführung der Revolution gegen die Konterrevolution. Die bewaffneten Kämpfe der Bolschewiki 1917–1921, die Verteidigung der Sowjetunion 1941–1945, die Befreiungskriege in China und Indochina, die bewaffnete Revolution in Kuba, der bewaffnete Kampf gegen die Franco-Putschisten in Spanien sind historische Notwendigkeiten gewesen und werden ggf. auch in künftigen Zeiten unvermeidbar sein.

Der Leitantrag bewertet Russland als kapitalistisches Land, das von der NATO eingekreist und

sich dagegen wehrt und damit den Einfluss der NATO begrenzt und nicht per se als einen Friedensfaktor. 1741
1742

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 1743
1744

Antrag Nr. LA133 1745
1746

Antragsteller: Gruppe Münster 1747
1748

Zeilen: 492–495 1749
1750

Antragstext: 1751
1752

Streichung des Satzes: „Dabei übersehen wir keineswegs, ...“ 1753
1754

Begründung: 1755
1756

In diesem Absatz werden die Russischen Föderation und China erwähnt im Zusammenhang mit der Verteidigung ihrer nationalen Souveränität. Dabei wird die Föderation als kapitalistisch charakterisiert, zu China fällt auf, dass jede ökonomische Bestimmung fehlt. 1757
1758

Es ist aus dem Text nicht nachvollziehbar, warum eine ökonomische Bestimmung nur zu Russland angeführt wird. Es werden für beide Länder die gleichen Gründe für ihre gegenwärtige Verteidigungshaltung angegeben. Dass in diesem Zusammenhang Russland als Kapitalismus benannt wird, kann doch nur heißen, dass wir Russland nicht für ein grundsätzlich friedensfähiges System halten, was auch richtig ist. 1759
1760
1761
1762
1763

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: 1764
1765

Ablehnung 1766
1767

Begründung: 1768
1769

China wird vorher – bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA124 – als Land mit einem sozialistischen Entwicklungsweg bewertet und steht damit nicht auf derselben Stufe wie das kapitalistische Russland. Russland wird wegen seiner objektiven, den Einfluss der NATO begrenzenden Rolle hier positiv vermerkt. 1770
1771
1772
1773

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: 1774
1775

Antrag Nr. LA134 1776
1777

Antragsteller: Oldenburg 1778
1779

Zeilen: 507–510 1780
1781

Antragstext: 1782
1783

Die US-Bourgeoisie (...) bis „... diese Risse aber nicht gefährdet“ ersetzen durch: 1784
1785

„Der durchgeführte Putschversuch gegen die AKP-Regierung im Zuge der gescheiterten Syrienstrategie der NATO, hat zu einer Hinwendung des NATO-Mitglieds Türkei an die Russische Föderation geführt. Das Handeln der US-Administration in Bezug auf den Israel-Palästina-Konflikt verschärft die Widersprüche zum EU-Imperialismus. Auf Drängen des militärisch-industriellen Komplexes, welches seinen Ausdruck in der Schaffung von PESCO findet, schafft sich die EU eine eigene militärische Schaltzentrale, die neben und unabhängig vom US-Imperialismus handeln kann. 1786
1787
1788
1789
1790
1791

All das zeigt, dass die gesetzmäßige ungleiche Entwicklung des Kapitalismus die Verhältnisse permanent ändert, Koalitionen sprengt und dazu führt, dass sich neue bilden.“ 1792
1793

Begründung: 1794
1795

Die Widersprüche (Konflikte) zwischen den Hauptmächten werden im Entwurf allein an der BREXIT-Entscheidung beispielhaft angeführt. Die Anführung des Bedürfnisses des US-Imperialismus nach stärkerer Beteiligung am Kriegskurs ist unserer Meinung ungeeignet dies zu verdeutlichen. Umgekehrt zeigt das Bestreben der EU eigene militärische Strukturen zu schaf- 1796
1797
1798

1799 fen, gerade auch durch ihre Betonung, diese schaffen zu wollen, um neben und unabhängig
1800 von den USA zu agieren, wie Ambivalent die Einigkeit unter den Imperialisten ist. Besonders
1801 deutlich wird die Rivalität im NATO-Imperialismus am Beispiel der Rolle der Türkei. Unsere Ge-
1802 nossInnen der TKP haben hierzu hervorragende Analysen geliefert.

1803

1804 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1805 Annahme folgender Passage und Einfügung in Zeile 508 in folgender Form:

1806 Auf Drängen des militärisch-industriellen Komplexes, welches seinen Ausdruck in der Schaf-
1807 fung von PESCO findet, versucht sich die EU eine eigene militärische Schaltzentrale zu ver-
1808 schaffen, die neben und unabhängig vom US-Imperialismus handeln kann.

1809

1810 **Begründung:**

1811 Die weiteren sehr ausführlichen Beispiele erscheinen zu umfangreich und zum Teil auch
1812 relativ willkürlich gewählt.

1813

1814 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1815

1816

1817

1818 **Antrag Nr. LA135**

1819 **Antragsteller: Oldenburg**

1820 **Zeilen: 512**

1821 **Antragstext:**

1822

1823 streichen das Wort „Auch“

1824

1825 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1826 Annahme

1827

1828 **Begründung:**

1829

1830 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

1831

1832

1833

1834 **Antrag Nr. LA136**

1835 **Antragsteller: GO Stuttgart Nord**

1836 **Zeilen: 513–524**

1837 **Antragstext:**

1838

1839 S.12 Z.: 513–524 Ändern.

1840 „Gerade zu der Frage nach dem Verhältnis zur Russischen Föderation wird der Widerspruch
1841 zwischen Primat der Politik oder Primat des Profits deutlich. Wie der Ostausschuss der deut-
1842 schen Wirtschaft berechnet hat, entgingen dem deutschen Monopolkapital Milliardenwinne.
1843 Für die fortschrittlichen ... des Friedens zu nutzen.“

1844

1845 **Begründung:**

1846 Interessen des Kapitals benannt und kurzes, prägnantes Beispiel aus Deutschland.

1847

1848 **Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:**

1849 Ablehnung

1850

1851 **Begründung:**

1852 Nach Ansicht der AK ist das gewählte Beispiel nicht überzeugend. Der beschworene Gegen-
1853 satz zwischen zwei unterschiedlichen „Primaten“ (Politik und/oder Ökonomie) besteht in dieser
1854 Absolutheit nicht.

1855

1856 Politik ist „geronnene Ökonomie“ (Lenin). Die deutsche Russlandpolitik spielt mit zwei sich

scheinbar neutralisierenden Karten am selben Tisch: Wirtschaftssanktionen und gleichzeitig Fortsetzung von Geschäften.

1857

1858

1859

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1860

1861

1862

1863

Antrag Nr. LA137

1864

Antragsteller: Gruppe Münster

1865

Zeilen: 517–524 und 548

1866

Antragstext:

1867

1868

Zeile 517: Streichung ab dem Satz: „Wie ambivalent sich solche Konstellationen gestalten können zeigen die USA, ...“ bis Zeile 524 Ende.

1869

1870

1871

Und auch Streichung in diesem Zusammenhang Zeile 548 des Satzes:

1872

„Angesichts der Unsicherheit über den US-Kurs unter Trump wird erneut mehr europäische Autonomie gefordert.“

1873

1874

1875

Begründung:

1876

Diese Aussagen zu Trump und seiner Administration treffen gegenwärtig nicht mehr zu. Steht Trump und seine Administration tatsächlich noch für „Annäherungsversuche“ an Russland gegen den militärisch-industriellen Komplex? Ist das zukünftig zu erwarten?

1877

1878

1879

1880

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

1881

Annahme

1882

1883

Begründung:

1884

1885

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1886

1887

1888

1889

Antrag Nr. LA138

1890

Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt

1891

Zeilen: 517–522

1892

Antragstext:

1893

1894

Streichen

1895

1896

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

1897

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA137

1898

1899

Begründung:

1900

1901

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

1902

1903

1904

1905

1906

1907

1908

1909

1910

1911

1912

1913

1914

1915

1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973

Antrag Nr. LA139

Antragsteller: Oldenburg

Zeilen: 517–522

Antragstext:

Streichen: „Wie ambivalent sich solche Konstellationen gestalten (...)“ bis „vorsichtige Annäherungsversuche an die Russische Föderation bekämpft wird“

Begründung:

Inwiefern Herr Trump tatsächlich eine Annäherung an die RF anstrebte und es erst meinte mit einer Entspannungspolitik ist Spekulation. Dass es im herrschenden Monopolkapital immer auch Meinungsdivergenzen gibt, ist sicher unbestritten und auch unbestritten diese auszunutzen. Diese Positionsrivalitäten im herrschenden Block der USA scheinen allerdings inzwischen weitgehend ausgeräumt, insbesondere was außenpolitischen Ambitionen angeht.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA137

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA140

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 517–522:

Antragstext:

Streichen und neu fassen wie folgt: Wie ambivalent sich solche Konstellationen gestalten können, zeigt sich in den USA, wo sich mit Donald Trump ein Vertreter der nicht außenwirtschaftlich orientierten Fraktion des Großkapitals bei den Präsidentschaftswahlen durchgesetzt hat, der für anfängliche Tendenzen zum Isolationismus und zum Protektionismus jedoch massiv vom militärisch-industriellen Komplex und den „Falken“ der US-Außenpolitik bekämpft wird. Dies ist Ausdruck längerfristiger tiefgreifender strategischer Auseinandersetzungen innerhalb des US-Großkapitals um die Frage der Rolle der USA vor dem Hintergrund ihres schwindenden ökonomischen Gewichts.“ Weiter mit: „Für die fortschrittlichen Kräfte...“

Begründung:

1. Trump ist nicht Vertreter „des“ Großkapitals, sondern einer (nämlich der nicht außenwirtschaftlich orientierten) Fraktion des Großkapitals.
2. Dass er bekämpft wird, ist Ausdruck längerfristiger tiefgreifender strategischer Auseinandersetzungen im US-Großkapital um die Frage der Rolle der USA vor dem Hintergrund ihres schwindenden ökonomischen Gewichts.
3. Seine „vorsichtigen Annäherungsversuche“ an Russland sind eher als Ausdruck strategischer Verwirrung zu werten, weshalb ihm seine Klassenbrüder ja auch Korsettstangen einziehen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA137

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA141

Antragsteller: LMV Berlin

Zeile 530:

Antragstext:

„nach größerer Eigenständigkeit“

wird ersetzt durch

„nach größerem Einfluss innerhalb des Militärbündnisses und nach einer Forcierung der EU-Militarisierung“

Begründung:

Der deutsche Imperialismus kann aktuell und auf absehbare Zeit seine Ziele nur innerhalb der NATO durchsetzen. Die vorgeschlagene Formulierung suggeriert, dass er anstrebt, diese Ziele „eigenständig“, außerhalb des Militärbündnisses, zu erreichen. Alle Belegzitate aus der SWP-Studie betonen aber ausdrücklich die Einbindung in die NATO – bei mehr „Engagement“ und „Verantwortung“.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA142

Antragsteller: GO Stuttgart Nord

Zeilen: 537–539

Antragstext:

S13. Z. 537–539 umstellen

„Sanktionen gegen... dieser Strategie, deren ideologischer Ausdruck eine von den Massenmedien zunehmend angeheizte Russophobie ist.“

Begründung:

Ideologische Rolle der Russophobie wird deutlicher.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Russophobie ist nicht das Motiv für die zunehmenden deutschen Interventionen in Afrika und in anderen Gebieten.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA143

Antragsteller: LMV Berlin

Zeile 539:

Antragstext:

„das stärkere Engagement“ wird ersetzt durch „die Militäreinsätze“.

Begründung:

Im Zusammenhang mit Militäreinsätzen ist „Engagement“ – ähnlich wie „Mission“, der Sprachgebrauch von Bundesregierung und Bundeswehr, mit dem sie versuchen, diesen einen positiven Anstrich zu geben.

1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031

2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in veränderter Form wie folgt:

„... das stärkere neokolonialistische Engagement in Nahost und Afrika, einschließlich von Militäreinsätzen, folgt dieser Strategie.

Begründung:

Die verstärkte Afrika- und Nahostpolitik lässt sich nicht auf die militärische Komponente verengen. Es gibt auch eine verstärkte politisch-ökonomische Durchdringung. Die AK schlägt zusätzlich das Attribut „neokolonialistisch“ vor.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA144

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 541–549

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: „Angesichts der Unsicherheit über den US-Kurs unter Trump wird erneut mehr europäische Autonomie gefordert und die in der BRD ohnehin geplante massive Erhöhung der Rüstungsausgaben als Beitrag zur Verteidigung der „Werte und Prinzipien des Westens“ verklärt. Zurzeit summieren sich die Rüstungsausgaben Großbritanniens mit 55,5 Milliarden, Frankreichs mit 51 Milliarden und der BRD mit 40 Milliarden auf etwa ein Viertel des US-Rüstungshaushalts von 600 Milliarden Dollar. Die Bundesregierung will künftig ihre Ausgaben schrittweise auf die von der NATO geforderten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken.“

Begründung:

Die Neustrukturierung erscheint uns logischer.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die zeitweilige Unsicherheit über den Kurs von Trump hat sich mittlerweile geklärt. Siehe auch die Empfehlung zu LA139.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA145

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen 543–546:

Antragstext:

Ursprünglicher Text: Zurzeit summieren sich die Rüstungsausgaben Großbritanniens mit 55,5 Milliarden, Frankreichs mit 51 Milliarden und der BRD mit 40 Milliarden auf etwa ein Viertel des US Rüstungshaushalts von 600 Milliarden Dollar.

Änderungswunsch: Die AK wird gebeten die Rüstungsausgaben mit denen der Föderation Russland gegenüber zu stellen und die konkreten Zahlen mit Quellen zu belegen

Begründung:

Im voranstehenden Absatz und dem Kapitel IV wird auf die Einkreisung Russlands hingewiesen. Es macht Sinn diesen Vergleich bei den Rüstungsausgaben zu machen um diese Unverhältnismäßigkeit herausstellen zu können.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in folgender Form:

Laut SIPRI Jahrbuch 2017 summieren sich die Rüstungsausgaben der USA, des Spitzenreiters, auf 611 Milliarden, Chinas auf 211 Milliarden, Saudi-Arabiens auf 63,7 Milliarden, Indiens auf 56 Milliarden und Deutschlands auf 41,1 Milliarden. Dagegen belaufen sich die russischen Militärausgaben derzeit mit 69.2 Milliarden nur auf 27 Prozent dessen, was die europäischen NATO-Staaten ausgeben und auf etwas mehr 10% der US-Ausgaben.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA146

Antragsteller: BMV Nordbayern

Zeilen 546–548:

Antragstext:

Ursprünglicher Text: Die Bundesregierung will künftig ihre Ausgaben schrittweise auf die von der NATO geforderten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken.

NEU: Die Bundesregierung will künftig ihre Ausgaben schrittweise auf die von der NATO geforderten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken, das entspräche aktuell 69 Milliarden Dollar.

Begründung:

2 % sind nicht greifbar und eine Dollarsumme schafft die Vergleichbarkeit bezüglich des voranstehenden Satzes.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit kleiner Korrektur:

... Bruttoinlandsprodukts aufstocken, das entspräche rund 70 Milliarden Euro.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA147

Antragsteller: LMV Berlin

Zeile 547:

Antragstext:

„geforderten“ wird ersetzt durch „vereinbarten“.

Begründung:

Das Ziel, das die NATO-Mitgliedsstaaten ihre Militärausgaben auf 2% BIP erhöhen, wurde mit Zustimmung der Bundesregierung beim NATO-Gipfel in Wales 2014 vereinbart und im Schlussdokument festgeschrieben. Es handelt sich also nicht (mehr) um eine Forderung der NATO, sondern um eine Vereinbarung.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100
2101
2102
2103
2104
2105
2106
2107
2108
2109
2110
2111
2112
2113
2114
2115
2116
2117
2118
2119
2120
2121
2122
2123
2124
2125
2126
2127
2128
2129
2130
2131
2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140
2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147

2148
2149
2150
2151
2152
2153
2154
2155
2156
2157
2158
2159
2160
2161
2162
2163
2164
2165
2166
2167
2168
2169
2170
2171
2172
2173
2174
2175
2176
2177
2178
2179
2180
2181
2182
2183
2184
2185
2186
2187
2188
2189
2190
2191
2192
2193
2194
2195
2196
2197
2198
2199
2200
2201
2202
2203
2204
2205

Antrag Nr. LA148

Antragsteller: KMV Regensburg

Zeile 548:

Antragstext:

Streichen: „Angesichts der Unsicherheit über den US-Kurs unter ... gefordert.“ Stattdessen:
„Die Unsicherheit über den US-Kurs unter Trump wird zum Anlass genommen, um erneut mehr europäische Autonomie zu fordern.“

Begründung:

Im Wesentlichen redaktionell/Umformulierung: Die Änderung stellt klar, dass das mit Trump ein Vorwand ist.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt mit Annahme der Empfehlungen zu LA137.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA149

Antragsteller: Oldenburg

Zeilen: 553

Antragstext:

Zeile 553 streichen: „die führende Kraft im imperialistischen Lager bleiben wird“

und ändern in: „die führende imperialistische Kraft bleiben wird“

Begründung:

Die Formulierung „imperialistisches Lager“ impliziert, dass es eben auch ein antiimperialistisches Lager gäbe. Das halten wir in dieser Form für zumindest diskussionswürdig, auch wenn wir einsehen, dass bestimmte Länder außenpolitisch objektiv antiimperialistisch agieren und einige eine antiimperialistische Entwicklungsrichtung eingeschlagen haben und sie verteidigen. Wir halten das Bild der imperialistischen Pyramide für zutreffender, welches den Prozesscharakter der kapitalistischen Länder zueinander eher verdeutlichen kann, sowie Länder mit antiimperialistischer Ausrichtung mit zu erklären vermag.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Der LA spricht explizit nicht vom sozialistischen, sondern nur vom „imperialistischen Lager.“ Dieses besteht real. Es trifft zu, dass mit dem Zerfall des ehem. sozialistischen Lagers das nach 1945 entstandene Gegengewicht zum weltweiten Block des Imperialismus enorm geschwächt wurde und deshalb auf die nach wie vor bestehenden antiimperialistischen Kräfte der „Lager“-Begriff nicht zutreffen würde. Aber er wird auch gar nicht benutzt.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA150

Antragsteller: GO Stuttgart Nord

Zeilen: 554

Antragstext:

ersetzen „der sich ... unterordnet“ durch „in dessen Windschatten die deutsche Monopolbourgeoisie bleibt, um ...“

Begründung:

Zeigt das bewusste Handeln des deutschen Monopolkapitals.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA151

Antragsteller: GO Stuttgart Süd

Zeilen: 557–562

Antragstext:

Absatz streichen

Begründung:

Der Absatz vermag es nicht, die komplexen darin erwähnten Themen wie unser Verhältnis zu Russland, die bürgerliche bis rechte Strömung der Antideutschen, Antiamerikanismus, Antisemitismus, die Bedeutung des Staates Israel etc. sachlich zu analysieren und sinnvolle Konsequenzen darzulegen. Antisemitismus heutzutage, in Zeiten von erstarkenden Strömungen von antisemitischen Verschwörungstheoretikern, Anschlägen, Querfronten etc. im Leitantrag ausschließlich in der vom PV vorgelegten Form zu erwähnen, wäre besonders fragwürdig. Ein Verzicht auf diesen Absatz wäre kein Verlust für den Leitantrag.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Es ist nach Meinung der AK wichtig und unverzichtbar, die grundsätzliche Position der DKP in der Frage der „Äquidistanz“ und zur Thematik der „Anti-Deutschen“ zu benennen. Eine ausführlichere Analyse will und kann der LA hierzu nicht bringen- muss es auch nicht. Bei Annahme der Empfehlung zu LA155 und LA156 wird der Text des Leitantrags an dieser Stelle zudem noch deutlicher.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA152

Antragsteller: Gruppe Münster

Zeilen: 557–562

Antragstext:

Der Absatz von Zeile 557–562 soll lauten:

Die DKP bezieht Position gegen die sogenannte Äquidistanzthese, nach der die aggressive NATO-Strategie und die Art, wie Russland sich dagegen verteidigt, auf eine Stufe gestellt werden. Sie grenzt sich in einer solidarischen Kritik von derartigen Positionen ab.

2206
2207
2208
2209
2210
2211
2212
2213
2214
2215
2216
2217
2218
2219
2220
2221
2222
2223
2224
2225
2226
2227
2228
2229
2230
2231
2232
2233
2234
2235
2236
2237
2238
2239
2240
2241
2242
2243
2244
2245
2246
2247
2248
2249
2250
2251
2252
2253
2254
2255
2256
2257
2258
2259
2260
2261
2262
2263

2264
2265
2266
2267
2268
2269
2270
2271
2272
2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
2281
2282
2283
2284
2285
2286
2287
2288
2289
2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297
2298
2299
2300
2301
2302
2303
2304
2305
2306
2307
2308
2309
2310
2311
2312
2313
2314
2315
2316
2317
2318
2319
2320
2321

Begründung:

Die angeführte Sicht zur Äquidistanzthese wird auch von anderen Mitstreiter*innen aus den Bewegungen gegen den Krieg vertreten. Eher wären an dieser Stelle die verbreiteteren rechtsopportunistischen Positionen zu erwähnen. Sie blockieren seit längerem und wirkungsvoller die Friedensbewegung.

Die alleinige und hervorgehobene Erwähnung der sog. „Antideutschen“ o.ä. ist hier nicht notwendig. Soll es um die Kritik der USA im Nahen Osten gehen und dabei auch die besondere Rolle Israels, dann kann das nicht nur im Zusammenhang mit den sog. Antideutschen geschehen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Der AK erschließt sich nicht die Notwendigkeit, warum sich die DKP in irgendeiner Form „solidarisch“ zu den genannten falschen Positionen verhalten sollte.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA153

Antragsteller: GO Stuttgart Nord

Zeilen: 559–562

Antragstext:

S.13 Z. 559–562 streichen: „Sie... verteidigen.“

Begründung: Kein Bezug zum vorher gesagten. Eine Erwähnung der Antideutschen in unserem Leitantrag wertet sie nur auf.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Verabschiedung der Empfehlung zu LA151, LA155 und LA156.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA154

Antragsteller: DKP Mecklenburg-Vorpommern

Zeilen 559–562:

Antragstext:

Streichung der Passage: „Sie grenzt sich ab von der sogenannten antideutschen Bewegung und Positionen ... verteidigen.“

Begründung:

Ein Einstieg in die antideutsche Debatte an dieser Stelle ist unzweckmäßig.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Verabschiedung der Empfehlung zu LA151, LA155 und LA156

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA155

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 559–562

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Sie grenzt sich ab von sogenannten antideutschen Bewegungen und Positionen, die unter Negierung von deren imperialistischem Charakter die USA und deren Haupt- und Juniorpartner im Nahen Osten, Israel, gegen Kritik verteidigen, die sie als Antiamerikanismus bzw. Antisemitismus diffamieren.

Begründung:

U. E. kommt in der von uns vorgeschlagenen Formulierung klarer zum Ausdruck, dass die Antideutschen ihrer eigenen Propaganda in den seltensten Fällen selbst glauben, sondern wider besseres Wissen bewusst Verwirrung stiften.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme und teilweise Ergänzung aus LA156 in folgender Form ab Zeile 559:

Sie grenzt sich ab von sogenannten antideutschen Bewegungen und Positionen, die unter Negierung von deren imperialistischem Charakter die USA und deren Haupt- und Juniorpartner im Nahen Osten, Israel, gegen Kritik verteidigen, die sie als Antiamerikanismus bzw. Antisemitismus diffamieren.

Sie hält Hoffnungen und Erwartungen, dass durch den Aufstieg Russlands und Chinas eine „multipolare Weltordnung“ entstehen könnte, die eine dauerhafte solidarische oder zumindest friedliche Regelung der internationalen Beziehungen ermöglicht, allerdings für illusionär. Anders als vor 1989 gibt es kein starkes sozialistisches Lager mehr, das den Imperialismus durch seine militärische Kraft dazu zwingen kann, seine Aggressionspläne zumindest zeitweilig zu zügeln. Eine „multipolare“ Welt unter kapitalistischen Bedingungen bleibt noch immer eine Welt des Imperialismus, des weltweiten Konkurrenzkampfes und der Kriegsgefahr.

Aber unter den Bedingungen einer zunehmenden aggressiven Außenpolitik des US-Imperialismus und des NATO-Blocks kommt es auch darauf an, Widersprüche zwischen den konkurrierenden kapitalistischen und imperialistischen Staaten und auch die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Lager und den Staaten, die sich für einen sozialistischen und antiimperialistischen Entwicklungsweg entscheiden zu erkennen und für eine Begrenzung der Kriegsgefahr auszunutzen. Dass dies möglich ist, wurde in der letzten Zeit durch die Rolle Russlands in Syrien bestätigt.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA156

Antragsteller: Gruppe Frohnhausen/Holsterhausen

Zeilen: 559

Antragstext:

Z. 559, nach „werden.“ einfügen:

„Die DKP macht deutlich, dass es eine Illusion ist, von einer ‚multipolaren Weltordnung‘ bzw. dem Aufstieg Russlands und Chinas eine Lösung oder eine Abschwächung der imperialistischen Widersprüche zu erwarten.“

Begründung:

Der Abschnitt benennt falsche Positionen, die in der Friedensbewegung und der Linken eine Rolle spielen, und unsere Haltung dazu – die „äquidistante“ Haltung zu Russland und der NATO, die antideutsche Position. Die Hoffnung, dass durch den Aufstieg Russlands und Chinas eine „multipolare Weltordnung“ entstehen könnte, die eine solidarische oder zumindest friedliche Regelung der internationalen Beziehungen ermöglicht, hat ebenfalls eine gewisse

2322
2323
2324
2325
2326
2327
2328
2329
2330
2331
2332
2333
2334
2335
2336
2337
2338
2339
2340
2341
2342
2343
2344
2345
2346
2347
2348
2349
2350
2351
2352
2353
2354
2355
2356
2357
2358
2359
2360
2361
2362
2363
2364
2365
2366
2367
2368
2369
2370
2371
2372
2373
2374
2375
2376
2377
2378
2379

2380 Verbreitung in unserem Bündnisumfeld. Wir weisen dagegen darauf hin, dass die internationale
2381 Lage heute grundsätzlich anders ist als vor 1989: Es gibt kein sozialistisches Lager mehr, dass
2382 den Imperialismus durch seine militärische Stärke dazu zwingen kann, seine Aggressionspläne
2383 zu zügeln. Eine „multipolare“ Welt unter kapitalistischen Bedingungen kann nur noch eine Welt
2384 des Imperialismus, des weltweiten Konkurrenzkampfes und der Kriegsgefahr sein.
2385 Gleichzeitig ist es nicht unser Ziel, Kräfte, die solche Positionen vertreten, zu bekämpfen oder
2386 sie aus der Friedensbewegung hinauszudrängen, sondern in der Zusammenarbeit gegen die
2387 imperialistische Kriegspolitik mit ihnen um Inhalte zu ringen. Daher unterscheiden wir auch in
2388 der Formulierung zwischen diesen und z. B. antideutschen Kräften.

2389

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

2390

Teilweise Integration in LA155

2391

2392

Begründung:

2393

Die AK hält die Kritik an auch in der Friedensbewegung vertretenen Illusionen über einen dau-
2394 erhaften friedenssichernden „Multipolarismus“ im Kern für berechtigt. Dennoch ist es gegen-
2395 wärtig auch nötig die damit verbundenen innerimperialistischen Konkurrenzverhältnisse und
2396 Widersprüche im Sinne der Sicherung des Friedens zu nutzen und ggf. auch zu verstärken.

2397

2398

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2399

2400

2401

2402

Antrag Nr. LA157

2403

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

2404

Zeilen 567–573

2405

Antragstext:

2406

2407

Neu fassen wie folgt: Wie ihre Vorläufer EWG und EG war die EU von Anfang an ein imperia-
2408 listisches Bündnis. Sie wurde im Kalten Krieg gegründet auf Betreiben des US-Imperialismus
2409 und im Interesse der herrschenden Klassen in den Kernländern des kapitalistischen Europa.
2410 Trotz konkurrierender Interessen untereinander waren sich die imperialistischen Mächte vor
2411 allem einig in der Schaffung eines Bollwerks gegen den realen Sozialismus. Die ehemaligen
2412 Westalliierten verfolgten zugleich das Ziel, den geschwächten deutschen Imperialismus in das
2413 neugegründete antisozialistische Bündnis einzubinden und so zu zähmen. Auf der anderen Sei-
2414 te standen und stehen die EU und ihre Vorläufer in der Tradition des Strebens des deutschen
2415 Monopolkapitals nach einer Kontrolle über den großeuropäischen Wirtschaftsraum.

2416

2417

Begründung:

2418

1. Die EU hatte Vorläufer, die hier zum besseren Verständnis genannt werden sollten.

2419

2. Bessere historische Einordnung und Interessenbestimmung.

2420

3. Das Motiv der „Einhegung“ des deutschen Imperialismus (Z. 575) sollte bereits hier als Teil
2421 des Interessengeflechts der beteiligten Mächte genannt werden.

2422

4. U. E. logischere Kausalkette.

2423

2424

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

2425

Annahme

2426

2427

Begründung:

2428

2429

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2430

2431

2432

2433

2434

2435

2436

2437

Antrag Nr. LA158

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeile 580

Antragstext:

Ersetze „bzw.“ durch „und“

Begründung:

„Bzw.“ heißt „oder“, gemeint ist aber (hoffentlich) „und“, denn beides trifft zu.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Die AK erlaubt sich hier den kleinen Hinweis, dass die in der Begründung: der Antragsteller ausgedrückte offenbare Skepsis – durch die Benutzung der Vokabel „hoffentlich“ – absolut unnötig ist.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA159

Antragsteller: Gruppe Köln Innenstadt

Zeilen: 587–596

Antragstext:

Streichen und ersetzen durch:

Es gibt einen linken Ausweg aus der Krise der europäischen Union

Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, den Kampf für die radikalen, sozialen, ökologischen und demokratischen Reformen auf die nationale wie die europäische Tagesordnung zu setzen. Die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaften stellen die Kraft dar, um sie auf europäischer Ebene durchzusetzen.

Während die Arbeiterklasse unter dem Sozialdumping und den niedrigen Löhnen leidet, entscheidet die EU-Kommission den Mindestlohn für die LKW-Fahrer in Frankreich und Deutschland zu attackieren. Während die Bevölkerung täglich den Verfall des ganz oder teil-privatisierten Öffentlichen Verkehrsnetzes anprangert, setzt die EU ihr viertes Paket zur Liberalisierung der Eisenbahnen durch. Und während multinationale Unternehmen kaum Steuern zahlen, will die EU-Kommission den Steuerparadiesen lieber keine verbindlichen Regeln auferlegen.

Die Arbeiter ganz Europas sehen diese Entwicklung mit Angst und Misstrauen. Eine wirkliche Kursänderung ist notwendig. Wir müssen aufhören mit diesem Europa der Konkurrenz und der Ungleichheit, das nur die Wahl zwischen mehr Autoritarismus oder der Rückkehr zu Nationalismen lässt. Statt des Sozialdumpings brauchen wir einen höheren europäischen Mindestlohn. Statt der Privatisierungen und Liberalisierungen brauchen wir öffentliche Investitionen in die Beschäftigung, die Infrastrukturen und die öffentlichen Dienste. Statt der Steuerparadiese brauchen wir eine europäische Millionärssteuer, die von den Ultrareichen übernommen wird. Was wir brauchen, ist ein Europa der Solidarität und der Zusammenarbeit.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK teilt die Wünsche für eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die arbeitenden Menschen im EU-Europa. Die genannten Beispiele bestätigen aber noch einmal die Richtigkeit der ausführlichen Grundsatzkritik des 21. Parteitages an der imperialistischen Konstruktion EU,

2438
2439
2440
2441
2442
2443
2444
2445
2446
2447
2448
2449
2450
2451
2452
2453
2454
2455
2456
2457
2458
2459
2460
2461
2462
2463
2464
2465
2466
2467
2468
2469
2470
2471
2472
2473
2474
2475
2476
2477
2478
2479
2480
2481
2482
2483
2484
2485
2486
2487
2488
2489
2490
2491
2492
2493
2494
2495

2496 die weder irgendwelche demokratische Anfangszeiten besaß, zu denen man, wie Vertreter der
2497 EL es seit Jahren fordern „zurückkehren“ könnte noch zu einem Instrument des Fortschritts
2498 reformiert werden kann. Der Kampf um die von den Antragstellern geforderten Verbesserungen
2499 wird real nur als Kampf gegen diese imperialistische Konstruktion und nur im Zusammenhang
2500 mit dem grundsätzlichen revolutionären Bruch mit dem Europa der Monopole, des Finanzkap-
2501 tals und der Banken erfolgreich sein können.

2502

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2504

2505

2506

Antrag Nr. LA160

Antragsteller: WG Frankfurt Nordwest-Eschersheim

2508

Zeilen 587–596:

2509

Antragstext:

2510

2511

Streichung und Neufassung:

2512

2513

2514

2515

2516

2517

2518

2519

2520

Das imperialistische und reaktionäre Ursprungs-Konstrukt EU wurde während des mehr als
60jährigen Widerstands der Millionen Menschen aller EU-Staaten mehrfach verändert. Demo-
kratische, soziale und ökologische Verbesserungen konnten durchgesetzt werden. Aber im-
mer noch muss um sichere Arbeitsplätze und Lebensbedingungen weitergekämpft werden. Es
kann also perspektivisch nicht einfach um einen Austritt aus EU und Eurozone gehen, sondern
um die Durchsetzung neuer Machtverhältnisse in EU und Europaparlament, bei denen die an-
timonopolistischen Kräfte aus Stadt und Land die Richtung vorgeben.

2521

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

2522

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu LA159

2523

2524

Begründung:

2525

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2526

2527

2528

2529

Antrag Nr. LA161

2530

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

2531

Zeilen 591–595

2532

Antragstext:

2533

2534

2535

2536

2537

2538

Neu fassen wie folgt: In dieser Situation ist der Kampf gegen die Aufgabe nationaler Souve-
ränität zugunsten der Machtbefugnisse des EU-Ministerrats, der EU-Kommission, der Euro-
päischen Zentralbank und informeller Gremien wie der Eurogruppe mit der Perspektive eines
Austritts aus der EU und der Eurozone zu führen.

2539

Begründung:

2540

1. Sind wir gegen die Aufgabe nationaler Souveränität an die EU schlechthin oder nur bis zu
einer gewissen Grenze („... weiterer nationaler Souveränität...“)?
2. Vereinfachung.

2541

2542

2543

2544

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

2545

Annahme

2546

2547

Begründung:

2548

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2549

2550

2551

2552

2553

Antrag Nr. LA162

Antragsteller: Minden

Zeilen: 594–595

Antragstext:

Streichen „...“, der perspektivisch in einen Austritt aus der EU und der Eurozone münden muss.“
 Stattdessen: „... zu führen. Die Durchsetzung von Alternativen zur EU der Banken, der Groß-
 konzerne und der Aufrüstung setzt grundlegend veränderte Kräfteverhältnisse voraus. Sie zu
 schaffen ist die vordringliche Aufgabe im nationalen und grenzüberschreitenden Rahmen.“

Begründung:

Der Lissabon-Vertrag als faktische Verfassung schreibt eine Politik fest, die die sog. Wettbe-
 werbsfähigkeit des hier operierenden Kapitals als oberstes Ziel hat. Er kann nur mit Einver-
 ständnis aller Mitgliedsländer geändert werden. Mit dem EZB und dem EuGH sichern Instituti-
 onen diese Politik ab, die von jeglicher demokratischen Einflussnahme von unten abgeschottet
 sind. Die Krise 2007ff wurde genutzt, um die Zwangsjacken weiter zu verstärken. Damit können
 die nationalen Bourgeoisien Maßnahmen durchsetzen, die im nationalen Rahmen zu großen
 Widerständen führen würden bzw. können sie Widerstände ins Leere laufen lassen.

Die Diskussionen über Alternativen zur heutigen EU und dem Euro inklusive eines Austritts sind
 notwendig. Negative Konsequenzen müssen dabei berücksichtigt werden, insbesondere ein
 Austritt wirft viele Fragen auf. Die Handlungsmöglichkeiten nationaler Regierungen in der EU
 hängen dabei von der ökonomischen Position des jeweiligen Landes ab.

Die Voraussetzungen für die Durchsetzung jeglicher Alternativen, die im Interesse der arbeiten-
 den Menschen sind, werden erst durch grundlegend veränderte Kräfteverhältnisse im nationa-
 len Rahmen und darüber hinaus geschaffen. Ihre Durchsetzung ist ohne grenzüberschreitende
 Solidarität nicht denkbar. Die internationale Arbeitsteilung, die Kapitalverflechtungen und die
 vorhandenen Erpressungspotentiale machen nationale Alleingänge unwahrscheinlich.

Verschiedene Auffassungen über die Perspektiven von EU/Euro dürfen den gemeinsamen
 Kampf gegen Aufrüstung, Austeritätspolitik, Demokratie- und Sozialabbau nicht behindern.
 Diese Kämpfe müssen im Vordergrund stehen, um die Kräfteverhältnisse zu verändern. Sie
 müssen im nationalen Rahmen und wo immer möglich grenzüberschreitend geführt werden.
 An erfolgreiche Abwehrkämpfe kann angeknüpft werden. Die EU ist eine Ebene der Klassen-
 auseinandersetzungen.

Auch bzgl. der EU gilt es, überhaupt erst einmal die Voraussetzungen für eine „Wende“ zu
 schaffen. Daraus erst ergeben sich dann weitergehende Handlungsmöglichkeiten, die ange-
 sichts der Krise der EU und der zentrifugalen Kräfte in der EU offen sind. Auf uns, die in der
 stärksten Wirtschafts- und Führungsmacht der EU leben und kämpfen, lastet dabei eine be-
 sondere Verantwortung

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung und Argumentation der AK zu LA157 und LA159

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA163

Antragsteller: Bezirk Bremen

Zeilen 594–596

Antragstext:

In Zeile 594/595 wird der Einschub „der perspektivisch in einen Austritt aus der EU und der
 Eurozone enden muss.“ sowie der Rest des Absatzes gestrichen.

Stattdessen wird eingefügt: Es geht dabei vor allem darum, die von der Arbeiterbewegung und
 anderen demokratischen Kräften auf nationaler und regionaler Ebene erkämpften sozialen und
 demokratischen Rechte – die in Deutschland im Grundgesetz und in den Verfassungen der

2554
 2555
 2556
 2557
 2558
 2559
 2560
 2561
 2562
 2563
 2564
 2565
 2566
 2567
 2568
 2569
 2570
 2571
 2572
 2573
 2574
 2575
 2576
 2577
 2578
 2579
 2580
 2581
 2582
 2583
 2584
 2585
 2586
 2587
 2588
 2589
 2590
 2591
 2592
 2593
 2594
 2595
 2596
 2597
 2598
 2599
 2600
 2601
 2602
 2603
 2604
 2605
 2606
 2607
 2608
 2609
 2610
 2611

2612 Bundesländer ihren Niederschlag gefunden haben – gegen den Abbau durch zentralistische
2613 EU-Entscheidungen zu verteidigen.

2614

2615

Begründung:

2616

Wir stimmen der Aussage, dass die weitere Zentralisierung von Machtbefugnissen in den zentralen Institutionen der EU abzulehnen ist, völlig zu. Forderungen nach Austritt aus der EU oder der Eurozone halten wir ebenfalls für richtig und zu unterstützen soweit es um den Austritt von Staaten geht, die vom deutschen Imperialismus als der dominierenden Macht der EU bzw. der Eurozone gegängelt und ausgeplündert werden. In Bezug auf Deutschland selbst, d. h. auf das Land, in dem vor allem unser Kampfplatz ist, halten wir die Forderung jedoch für nicht richtig da sie unrealistisch ist und deshalb nichts bewegen wird.

2617

2618

2619

2620

2621

2622

2623

2624

2625

2626

2627

Der deutsche Imperialismus, der über die EU und die Völker des EU-Raumes herrscht, wird der Forderung selbstverständlich nicht folgen, Massen werden wir in Deutschland kaum dafür bewegen können, denn für diese fallen nicht nur Brosamen vom reich gedeckten Tisch der Superprofite ab, den die deutschen Monopole sich durch die Beherrschung und Ausplünderung des EU-Raumes bereiten.

2628

2629

2630

2631

2632

2633

Unsere Aufgabe sehen wir darum vor allem darin, Solidarität mit den unter der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus leidenden Völkern zu üben und gegen die Macht des deutschen Imperialismus zu kämpfen. In dem Maße wie es gelänge diese im antimonopolistischen Kampf einzuschränken und schließlich zu überwinden, könnte sich damit übrigens auch die Frage nach der Perspektive der EU nicht nur in Deutschland auf neue Weise stellen.

2634

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

2635

Erledigt bei Annahme der Empfehlung und Argumentation der AK zu LA157 und LA159

2636

2637

Begründung:

2638

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2639

2640

2641

Antrag Nr. LA164

2642

Antragsteller: Oldenburg

2643

Zeilen: 595

2644

Antragstext:

2645

2646

Zeile 595 nach „Eurozone münden muss“ einfügen:

2647

„Dieser Kampf der Arbeiterklasse und anderer Schichten gegen die EU ist zugleich gegen die eigene Monopolbourgeoisie gerichtet und ebnet einen antimonopolistischen und antiimperialistischen Weg für einen solidarischen und gleichberechtigten Zusammenschluss der Völker.“
Dann weiter, wie im Original: „In Deutschland ist die Verteidigung...“

2648

2649

2650

2651

2652

Begründung:

2653

Von rechtsopportunistischer Seite wird der Anti-EU-Strategie u. a. vorgeworfen Rückwärtsge- wand und nationalistisch zu sein. Wir halten es, nicht nur allein aus diesem Grunde, für wichtig, darzulegen, den Hauptfeind der jeweiligen Arbeiterklasse zu benennen, nämlich ihre eigene Monopolbourgeoisie und gleichzeitig den Internationalismus dieses Kampfes zu betonen.

2654

2655

2656

2657

2658

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

2659

2660

Begründung:

2661

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

2662

2663

2664

2665

2666

2667

2668

2669

Antrag Nr. LA165

Antragsteller: Gruppe Rostock

Zeilen 591–592:

Antragstext:

Ersetzen der Passage „... Kampf gegen die Aufgabe weiterer nationaler Souveränität zugunsten der Machtbefugnisse ...“ durch „... Kampf gegen den Ausbau der Machtbefugnisse ...“.

Begründung:

Es ist irreführend zu unterstellen, ausgerechnet die „nationale Souveränität des imperialistischen Deutschland müsse gegen Angriffe „von außen“, hier: durch die Institution der EU, „verteidigt“ werden. Ganz im Gegenteil: Wir gehen davon aus, dass Deutschland mittels der EU eine Hegemonialposition im (westlichen) Europa erlangen konnte und diese weiterhin im Rahmen der EU-Institutionen auszubauen trachtet. Dadurch wird tatsächlich die nationale Souveränität v. a. der kleineren EU-Mitgliedsstaaten zugunsten des deutschen Imperialismus beeinträchtigt. Nicht zuletzt aus diesem Grunde muss der Ausbau der genannten Strukturen bekämpft werden: Sie sind dem deutschen Imperialismus dabei behilflich, die (bürgerlich-)demokratischen Institutionen anderer Nationalstaaten einseitig weiter auszuhöhlen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Unser Eintreten für die nationalen Belange geht vom marxistisch-leninistischen Nationen-Begriff aus, der die Gesamtheit des werktätigen Volkes und deren Interessen als Basis der nationalen Politik ansieht und die diejenigen Teile der Bourgeoisie als Bündnispartner in diesem Zusammenhang bewertet, die sich diesem Verständnis von „national“ als die Respektierung einer antiimperialistisch ausgerichteten Politik anschließt, sie zumindest akzeptiert und sich dem unterordnet.

Dies entspricht der Nationalitätenpolitik der Bolschewiki und auch der Politik von KPD, SED, SEW und DKP vor und nach 1945.

Dies war auch die Grundlage für die erfolgreichen antikolonialen und antiimperialistischen Erfolge und revolutionären nationalen Befreiungskämpfe der KPen und deren Bündnispartner aus Angehörigen der „nationalen“ Bourgeoisien, die sich von der mit den Kolonialmächten paktierenden „Kompradorenbourgeoisie“ in zentralen Punkten unterschieden und unterscheiden. Über die Dauerhaftigkeit solcher breiten und nicht unkomplizierten Bündnisse muss man hier nicht diskutieren.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA166

Antragsteller: Betriebsaktiv München

Nach Zeile 597

Antragstext:

Einfügen:

Rolle des Sozialdemokratismus als Instrument der Entwaffnung der Arbeiterklasse im Interesse der Monopole

Die DKP setzt sich dafür ein, dass die Gewerkschaften wieder zu Schulen des Klassenkampfes werden.

Wir wenden uns gegen die unter dem Oberbegriff „Sozialpartnerschaft“ von der Mehrheit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer praktizierte Klassenzusammenarbeit mit dem

2670
2671
2672
2673
2674
2675
2676
2677
2678
2679
2680
2681
2682
2683
2684
2685
2686
2687
2688
2689
2690
2691
2692
2693
2694
2695
2696
2697
2698
2699
2700
2701
2702
2703
2704
2705
2706
2707
2708
2709
2710
2711
2712
2713
2714
2715
2716
2717
2718
2719
2720
2721
2722
2723
2724
2725
2726
2727

2728 Kapital. Damit wird die Arbeiterklasse auf das sogenannte Co-Management, auf angebliche
2729 Arbeitsplatz- und Standortsicherung festgelegt. Die Gewerkschaften werden immer mehr zu
2730 Schulen der Klassenzusammenarbeit und zur Vertretung von Kapitalinteressen umfunktioniert.
2731 Mit dieser Politik werden die Jahrzehnte langen Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Arbei-
2732 terbewegung mit dem kapitalistischen System auch nach zwei verheerenden Weltkriegen und
2733 der Rolle, die damals rechte Gewerkschaftsführer dabei gespielt haben, erneut in den Wind
2734 geschrieben.

2735
2736 Das gilt auch und vor allem für die „alte“, traditionsreiche Arbeiterklasse, also die Beschäftigten
2737 in der Automobilindustrie, der Chemieindustrie und mit Einschränkung der Elektroindustrie.
2738 Sie sind der Kern der Arbeiterklasse in den Betrieben mit den fortgeschrittensten Produkti-
2739 onsmitteln. Sie können durch ihren Kampf das Monopolkapital am empfindlichsten treffen. Die
2740 geballte Organisationskraft der Belegschaften in den Großbetrieben der materiellen Produktion
2741 verleihen ihnen den Rang von „Lokomotiven“ für die gesamte Klasse.
2742

2743 Deshalb sind hier die einflussreichsten Vertreter des Opportunismus innerhalb der Arbeiterklas-
2744 se zu finden.

2745 Sie vertreten den bestentlohnten Teil der Arbeiterklasse, sie sind ruhiggestellt mit Privilegien.
2746 Sie befördern das System der Leiharbeit, was zusätzlich den objektiv kampfstärksten Teil der
2747 Arbeiterklasse spaltet. Ein Beispiel für den Opportunismus ist der Schulterchluss der rechten
2748 IG Metall-Führung mit dem VW-Kapital; ein anderes das „Bündnis für Industrie“ mit dem Mo-
2749 nopolkapital. Dabei wird die Führung der IG Metall nach ihren Worten alles dafür tun, um die
2750 deutsche Wirtschaft zu unterstützen und zu stärken.
2751

2752 Eine herausgehobene Schicht der Arbeiterklasse wird von der Monopolbourgeoisie mithilfe der
2753 Extra- bzw. Monopolprofite systematisch korrumpiert. Vor allem bei sozialdemokratischen Po-
2754 litikern und Gewerkschaftsführern, die aus dieser Schicht kommen und die für die Meinungs-
2755 bildung innerhalb der Arbeiterbewegung noch entscheidend sind, herrscht im Bewusstsein der
2756 weitgehende Glaube an die scheinbare Interessengemeinschaft mit dem Monopolkapital vor.
2757 Sie sind derzeit die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ohne diese könnte sich die Bourgeoi-
2758 sie nicht behaupten. Dieser Opportunismus innerhalb der Arbeiterklasse ist nicht mangelnder
2759 Moral einzelner Funktionäre geschuldet, sondern er ist das soziale Produkt einer ganzen histo-
2760 rischen Epoche – des Monopolkapitalismus.
2761

2762 Zehntausende sind in dieses System eingebunden: in Parlamenten auf allen Ebenen, in Auf-
2763 sichtsräten, in führenden Gewerkschaftsgremien, in den Vorständen der Sozialversicherungen,
2764 als Betriebsratsvorsitzende in wichtigen Monopolbetrieben – vor Ort! Gen. Robert Steigerwald
2765 (gest. 2016) bezifferte diese Kreise mit etwa 200.000 in den 1980er Jahren.
2766

2767 Um überhaupt zu einer Wende zu kommen, wird die Arbeiterklasse die Politik der Sozialdemo-
2768 kratie zurückdrängen müssen, wird sie sich von dieser Ideologie befreien müssen.
2769

2770 Bei aller Veränderung in der Arbeiterklasse ist festzuhalten, dass Streik heute die wichtigste
2771 Waffe ist, um in Abwehrkämpfen bestehen zu können, aber auch um vorwärts zu kommen.
2772 Der Streik und insbesondere der politische Streik wird von diesen rechtssozialdemokratischen
2773 Gewerkschaftsführern diffamiert und gerät in entscheidenden Teilen der organisierten Arbei-
2774 terklasse aus dem Bewusstsein. Das ist das Haupthindernis, um zu einer Wende zu kommen.
2775

2776 Der Verzicht auf den politischen Streik bedeutet ständige Entwaffnung der Arbeiterklasse und
2777 kommt der Aufforderung gleich, nichts „Illegales“ gegen die ständigen Gewalttaten des Kapi-
2778 tals und der Regierung zu unternehmen, sondern auf Wahlen zu vertrauen.
2779

2780 Die Streiks der Gesundheitsarbeiter zeigen, dass die deutsche Arbeiterklasse kämpfen kann.
2781 Noch halten die Industriearbeiter meist still. Die DKP orientiert in jeder Klassenauseinander-
2782 setzung – ob Lohnkampf oder Kampf um Arbeitsplätze – auf Streik. Die DKP betont in ihrer
2783 Agitation jeweils den politischen Inhalt.
2784

2785 Das Kampfmittel Streik muss sich die Arbeiterklasse wieder aneignen. Sie muss ihre Erfahrun-

gen machen und im Vorwärtsgehen lernen, welche Kräfte sie zurückhalten und wer ihr Vertrauen verdient.	2786
	2787
	2788
Rolle des Nationalismus als Spaltungsinstrument im Interesse der Monopole	2789
...	2790
	2791
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	2792
a) Teilweise inhaltliche Annahme und Übernahme einiger zentraler politischen Aussagen und Anfügung an Zeile 831 in folgender Form:	2793
„Dabei ist die Überwindung von Inkonsequenzen und strukturellen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen, insbesondere die dauerhaft starke und ungebrochene Dominanz von sozialpartnerschaftlichen Theorien und Illusionen, in den unterschiedlichen Führungsebenen und –gruppierungen der verschiedenen DGB-Gewerkschaften eine der wichtigen Bedingungen dafür, dass sie sich in erster Linie von den Klasseninteressen ihrer Mitglieder leiten lassen und ihre volle Wirksamkeit als kämpferische Massenorganisationen der Arbeiterklasse und Werktätigen zur Geltung bringen.“	2794
	2795
	2796
	2797
	2798
	2799
	2800
	2801
	2802
Bei aller Veränderung in der Arbeiterklasse ist festzuhalten, dass Streiks, einschließlich des politischen Streiks, die wichtigste Waffe war und bleibt, um in den notwendigen Kämpfen für die Durchsetzung der „Wende“ bestehen zu können, aber auch um vorwärts zu kommen.“	2803
	2804
	2805
	2806
b) Überweisung des Gesamtantrages als Arbeitsmaterial an den PV für die weitere Strategie- und Programmdebatte.	2807
	2808
	2809
Begründung:	2810
Der Umfang des Antrages sprengt zum einen die Dimension des Leitantrags und gibt dem Thema ein zu großes Übergewicht gegenüber den anderen Kapiteln.	2811
Zum anderen sind einige Formulierungen missverständlich und zu pauschal und verkomplizieren und erschweren unsere Wirkungsmöglichkeiten in den Gewerkschaften. So ist es falsch und politisch schädlich, die DKP per Parteitagsbeschluss auf eine Position festzulegen, die pauschal die gesamte IG Metall-Führung massiv angreift.	2812
	2813
	2814
	2815
	2816
Es fehlt hier an den Differenzierungen, die erst ein realistisches Bild von der Lage innerhalb der verschiedenen „Etagen“ und Mitgliedsgewerkschaften innerhalb des DGB ergibt, das aber unbedingt erforderlich ist, um nicht falsche gewerkschaftspolitische Weichenstellungen vorzunehmen, die es in der Geschichte unserer Bewegung und Partei gegeben hatte.	2817
	2818
	2819
Außerdem werden das Thema der DKP Gewerkschaftspolitik und unsere aktuellen Orientierungen in einem gesonderten Abschnitt im 2. Hauptantrag des 22. Parteitages zur „Parteientwicklung“ ausführlich behandelt.	2820
	2821
	2822
	2823
Die Zuordnung zum Kapitel über die „Wende“ nach Zeile 831 erscheint uns logischer.	2824
	2825
Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:	2826
	2827
	2828
	2829
Antrag Nr. LA167	2830
Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord	2831
Zeilen: nach 597	2832
Antragstext:	2833
	2834
Einfügen:	2835
„Reformismus	2836
	2837
Der Reformismus ist in einer tiefen Krise. Mit der Rückgewinnung seiner globalen Hegemonie ist die Bereitschaft des Imperialismus zu freiwilligen Zugeständnissen stark geschrumpft. In der Bundesrepublik gilt sie nur noch der Privilegierung der Kernbelegschaften in den Großbetrieben, mit der eine immer stärkere Hierarchisierung der Arbeitsverhältnisse in Leiharbeit, Teilzeitarbeit, befristete Arbeit, geringfügige Arbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit materiell und ideologisch gestützt wird.	2838
	2839
	2840
	2841
	2842
	2843

2844 Mit dem Schröder-Blair-Papier hatte die deutsche Sozialdemokratie eine strategische Wende,
2845 weg vom Reformismus, hin zu einer neoliberalen Systempartei vollzogen. In vielen Fällen hat
2846 sich die SPD sogar zum Sturmgeschütz der neoliberalen Gegenreformation und des neuen
2847 Bellizismus gemacht: Die Agenda 2010, die Schaffung eines, die Arbeitsverhältnisse insgesamt
2848 prägenden Niedriglohnsektors, die drastische Herabsetzung der Unternehmens- und Reichen-
2849 steuer, die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, die Heraufsetzung des Rentenalters
2850 bei gleichzeitiger Organisierung von Altersarmut, die Auslieferung von Millionen an die Profitin-
2851 teressen des Finanzkapitals.

2852
2853 Es war ausgerechnet die deutsche Sozialdemokratie, die den großen antifaschistischen Impe-
2854 rativ durchbrochen hat: „von deutschem Boden soll nie wieder ein Krieg ausgehen!“ Mit dem
2855 unprovokierten und der Scharpingschen Hufeisenlüge begonnenen Krieg gegen das souveräne
2856 Jugoslawien, mit der absurden Behauptung, Deutschland werde nun auch am Hindukusch
2857 verteidigt, räumte die SPD in alter Tradition wieder einmal dem deutschen Militarismus propa-
2858 gandistisch den Weg für seine Aggressionen frei.

2859
2860 Die SPD ist, zumindest in ihren bestimmenden Strukturen, zu einer unbedingten Vorkämpferin
2861 des deutsch/europäischen Imperialismusprojektes geworden. Das zeigt sich an der Stützung
2862 des austeritätspolitischen Euro-Krisenkurses seit Peer Steinbrück, an der Verankerung der
2863 Schuldenbremse im Grundgesetz, innenpolitisch an der Verstärkung der Repression und Über-
2864 wachung von Otto Schily bis Heiko Maas, am neoliberalen Ausverkauf, wie bei den Privatisie-
2865 rungsbemühungen von Bundesbahn und Autobahnen, an der sozialchauvinistischen Stützung
2866 des Merkantilismus und am erneuten bedingungslosen Eintritt in die große Koalition mit CDU/
2867 CSU. Es zeigt sich auch an der von Sigmar Gabriel im Interesse imperialer Eigenständigkeit
2868 und Aufrüstung vorangetriebenen Distanzierung zu den USA, deren plattes Trump-Bashing in
2869 früheren Zeiten als billiger Anti-Amerikanismus gescholten worden wäre.

2870
2871 Und das zeigt sich an der Co-Management-Strategie der SPD-geführten Gewerkschaften, die
2872 nicht davor zurückschrecken, selbst die betriebsinterne Solidarität, wie im Falle von Airbus und
2873 Opel aufzukündigen. Es ist keine kohärente Strategie erkennbar, dem niedriglohngestützten
2874 Merkantilismus auch konzeptionell entgegenzutreten. Im Gegenteil: Die „modernisierte“ Form
2875 des Sozialchauvinismus, die Standortsicherung, macht auch den Niedriglohnsektor, die Sen-
2876 kung der „Lohnnebenkosten“, die Riesterreute, und das Betriebsrentenkonzept plausibel. Wie
2877 die weitgehende Fokussierung auf die sog. Kernbelegschaften zeigt, entfaltet das schon bei
2878 seiner Einführung 1920 antigewerkschaftlich ausgerichtete Betriebsrätekonzept erst recht bei
2879 den Agenda-konformen Arbeitsverhältnissen ausgesprochen destruktive Wirkungen.

2880
2881 Es gibt kaum eine Position ihrer ehemals pazifistischen, ökologischen und bürgerrechtsbe-
2882 wegten Herkunft, welche die Grünen nicht verraten hätten, um in die Regierung zu kommen.
2883 Seit Joseph Fischer den Jugoslawienkrieg mit dem Zynismus: „Nie wieder Auschwitz“ begrün-
2884 dete, hat sich die Bereitschaft zum Menschenrechtsinterventionismus, zu einer Responsible-
2885 to-Protect-Politik (R2P), die in der US-Army und der Bundeswehr menschenrechtssichernde
2886 Einrichtungen sieht, drastisch verstärkt. Die Grünen sind nicht nur zu einer „FDP mit Dosen-
2887 pfand“, sondern auch zur militantesten Kriegspartei des Bundestages geworden.

2888
2889 Die neoliberale Wirklichkeit hat die Integrationskraft der alten Monopolparteien drastisch
2890 schrumpfen lassen. SPD und CDU kamen 1983 noch auf 87 Prozent der Stimmen bei einer
2891 Wahlbeteiligung von 89,1 Prozent, heute hätte eine „Groko“ aus beiden Parteien gerade noch
2892 eine Mehrheit von 53,4 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von 76,2 Prozent. An der satten par-
2893 lamentarischen Basis für das neoliberale Projekt hat diese Vertrauenserrosion allerdings nichts
2894 geändert. Dank des rechten Sammelbeckens AfD sitzen im Bundestag nun fünf hart neoliberale
2895 Parteien. Die Hoffnungen der Partei Die Linke (PDL), zusammen mit SPD und Grünen ein linkes
2896 Projekt (R2G) in Deutschland starten zu können, entbehrten jeder Grundlage. R2G wurde kon-
2897 sequenterweise nicht installiert, auch als es numerisch möglich war. Wäre es anders gekom-
2898 men, wäre es kein linkes Projekt gewesen, sondern hätte vorwiegend der Delegitimierung und
2899 weiteren Integration der PDL gedient. Eine ähnliche Zielrichtung verfolgen die Einbeziehungen
2900 der PDL in die Regierungen auf Länderebene. Auch lässt der Vormarsch der „Realos“ in der
2901 PDL und ihre konkrete, innerorganisatorisch ausgrenzende, bis regierungspolitisch asoziale

Politik die Positionierung der PDL als konsequent linke Kraft nicht ohne Zweifel.	2902
	2903
Die positiv-reformistische Akzeptanz des Kapitalismus und die Fixierung auf den bürgerlichen Parlamentarismus machen es der PDL schwer, ihre doch so wichtigen, zum Teil sehr öffentlichkeitswirksam vorgetragenen pazifistischen und anti-neoliberalen Positionen konsequent durchzuhalten. Den vermeintlichen Sachzwängen des Systems entkommt man kaum, indem man vorgibt, ein Rezept für den besseren Kapitalismus zu haben. Dazu scheinen es einige geradezu darauf angelegt zu haben, auf jede ideologische Leimrute der imperialistischen Meinungsin- dustrie zu kriechen. Vom vorgeblichen Antisemitismus der Linken, über den alten Vorwurf der Verschwörungstheorie, vom „Putinverstehler“ bis zur dubiosen Querfront mit den Rechten. Die Hoffnungen auf parlamentarische Positionen rechtfertigt wohl die freiwillige Unterwerfung unter eine – von der Medienmacht des Gegners – dominierte Political Correctness. Dabei scheint nicht bemerkt zu werden, dass sich diese Strategie de facto kaum gegen Rechts wendet, sich aber vorzüglich zu Spaltung, Delegitimierung und Stigmatisierung der wenigen noch existenten linken Kräfte in der Bundesrepublik eignet. Vom Stigmata zur Repression ist es nur ein Schritt.	2904 2905 2906 2907 2908 2909 2910 2911 2912 2913 2914 2915 2916
	2917
Im Kalten Krieg gegen den Sozialismus hat der Reformismus in Europa sehr von den freiwilligen Zugeständnissen des sozialintegrativen Antikommunismus gelebt. Das Leben im Schaufenster zum Osten und der, in der angeblichen Sozialpartnerschaft auf den Begriff gebrachte Glaube an die Klassenharmonie hat das Bewusstsein der arbeitenden Menschen vor allem in Deutschland tief geprägt: Es rettet uns ein höheres Wesen. Hoffentlich. Wir können es nicht selber tun.	2918 2919 2920 2921 2922
	2923
Angesichts der trostlosen Lage des organisierten Reformismus weicht der Protest auf rechte bzw. rechtspopulistische Organisationen aus. Deutschland als das Zentrum des imperialistischen Europas holt eine Entwicklung nach, die in anderen Staaten schon deutlich weiter fortgeschritten ist. In einigen Ländern ist die Sozialdemokratie auch in ihrer parteiförmigen Organisation zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft.	2924 2925 2926 2927 2928
	2929
Nicht zu übersehen ist das große Interesse an einer linken Alternative, wie beim Erfolg von Bernie Sanders, Jeremy Corbyn und Alexis Tsipras erkennbar. Selbst ein so farbloser Kandidat wie Martin Schulz, erkennbar ein Mann des „Weiter so!“, vermochte kurzfristig so etwas wie nostalgische Begeisterung unter den hoffenden SPD-Mitgliedern auszulösen. Doch auch hier sind die Bewegungen und Unterstützer eher parteipolitisch-parlamentarisch ausgerichtet. Ihre Begrenzungen zeigen sich exemplarisch an der Tsipras-geführten Syriza. Syriza vermochte dem erpresserischen Druck aus Berlin/Brüssel nicht standzuhalten und setzt nun, völlig auf die Seite des Kapitalinteresses gewechselt, das austeritätspolitische Verelendungsdiiktat gehorsam um. Ihr droht ein ähnliches Schicksal wie PASOK.	2930 2931 2932 2933 2934 2935 2936 2937 2938
	2939
Der historische Niedergang des Reformismus demonstriert die dialektische Einheit von Reform und Revolution. Ohne das Infragestellen des Kapitalismus als gesellschaftliches System, ohne eine starke klassenbewusste Alternative, die zeigt: Es geht auch anders! Ein Leben ohne Ausbeutung und Krieg ist im Sozialismus möglich! sind auch echte Reformen nicht zu haben.“	2940 2941 2942 2943
	2944
Begründung:	2945
Bei der Bestimmung und Beschreibung der Widersprüche und Gegenkräfte zur Offensive des Imperialismus darf der Reformismus in seinen verschiedenen Ausprägungen nicht fehlen. Dies wäre nicht nur eine klaffende analytische Lücke, sondern es ist auch für die Bestimmung möglicher Bündnispartner von elementarer Bedeutung.	2946 2947 2948
Die Rolle des Reformismus ist grundlegend für das Verständnis der Offensive des Imperialismus, der Wechsel ehemals reformistischer Kräfte auf die Seite der neoliberalen Gegenreformation wesentlich für die doch so gravierende Lähmung potentieller Widerstandskräfte. Die hier notwendige Analyse hat aber nicht nur Bedeutung für das Verständnis der Vergangenheit und Gegenwart, sondern muss Grundlage für die Bestimmung unserer Positionierung zu diesen Kräften sein und unsere Orientierungen in Bündnisfragen leiten.	2949 2950 2951 2952 2953 2954 2955
	2956
	2957
Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:	2958
a) Teilweise inhaltliche Annahme und Übernahme einiger zentraler politischer Ideen und Erwei-	2959

2960 terung der in LA166 von der AK empfohlenen Anfügung an Zeile 831 in folgender Form:
2961 „...aber auch um vorwärts zu kommen.
2962 Das setzt auch die generelle Auseinandersetzung mit den verschiedenen Schattierungen und
2963 Varianten des Reformismus sowohl in seinen traditionellen wie neuen Formen und der Ideologie
2964 der Klassenversöhnung auch in Form eines ökologisch fundierten und systemkonformen
2965 Reformismus voraus.

2966
2967 Auch angesichts der akuten Krise dieser verschiedenen Varianten des Reformismus, die sich
2968 an den teilweise dramatischen Stimmenverlusten für SPD, Linkspartei und Grünen ablesen
2969 lässt, bleibt es eine dauerhafte Aufgabe diese Varianten der Klassenversöhnung und gleichzeit-
2970 ig deren teilweise massive Mitwirkung und Eigenverantwortlichkeit an einer antisozialen Innen-
2971 und einer zunehmend militaristisch geprägten Außenpolitik zurückzuweisen.
2972 Dabei bleiben wir uns der Differenziertheit und Unterschiede zwischen und innerhalb dieser
2973 Organisationen bewusst und werden auch weiterhin Chancen für gemeinsame soziale, antimili-
2974 taristische und antifaschistisch-demokratische Bündnisse nutzen.“

2975
2976 b) Überweisung des Gesamtantrages als Arbeitsmaterial an den PV für die weitere Strategie-
2977 und Programmdebatte.

2978
2979 **Begründung:**

2980 Der Umfang des Antrages sprengt zum einen die Dimension des Leitantrags und gibt dem
2981 Thema ein zu großes Übergewicht gegenüber den anderen Kapiteln.
2982 Zum anderen sind einige Formulierungen missverständlich und zu pauschal und verkomplizier-
2983 ten und erschweren unsere bündnispolitischen Wirkungsmöglichkeiten.
2984 So ist es falsch und politisch schädlich die DKP per Parteitagsbeschluss auf eine Position
2985 festzulegen, die pauschal das gesamte Spektrum des alten und neuen Sozialreformismus in
2986 eins setzt.
2987 Vom Charakter ist der Antrag ein journalistisches Feuilleton und nicht ein programmatisches
2988 Dokument.
2989 Im Übrigen verweisen wir auf die Begründung: der AK zu LA166 und dessen teilweise proble-
2990 matischen Bewertung der innergewerkschaftlichen Entwicklung.

2991
2992 **Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:**

2993
2994
2995

2996 **Antrag Nr. LA168**

2997 **Antragsteller: Gruppe Dortmund Nord**

2998 **Zeilen: 598–652**

2999 **Antragstext:**

3000
3001
3002
3003

Ersetzen durch:

3004 **„Nationalismus, Rechtspopulismus, Faschisierung**

3005 Die weiterhin ungebrochene, bedingungslose Unterstützung der finanzkapitalistischen Offen-
3006 sive durch den neoliberalen Parteienblock, vor allem aber durch den europäischen und US-
3007 amerikanischen Reformismus, hat in Europa und den USA eine linke Alternative weitgehend
3008 verbaut, rechtspopulistische Parteien gestärkt und teilweise in die Nähe der Regierungsfähig-
3009 keit gebracht. In Deutschland konnte die AfD in den Bundestag einziehen. In den USA konnte
3010 mit Donald Trump jemand zum Präsidenten gewählt werden, der als Milliardär zwar selbst aus
3011 der Oberschicht stammt, aber sich dennoch als ein Führer des Protestes der verarmten und
3012 deprivierten Mittelschichten gegen den „Sumpf in Washington“ inszenieren konnte. Wie die
3013 meisten rechtspopulistischen Strömungen greift auch Donald Trump die realen, asozialen Kon-
3014 sequenzen der neoliberalen Gegenreform und des „Washingtoner Consensus“ auf. Allerdings
3015 in der widersprüchlichen, rechts-nationalistischen, kleinbürgerlich bornierten Form des „Ame-
3016 rica first!“, soweit von einer Programmatik überhaupt die Rede sein kann.

3017 Dieser widersprüchlich-bornierte Nationalismus macht es den herrschenden Machtzentren,

dem militärisch-industriellen-geheimdienstlichen-massenmedialen Komplex, Big Money, Big Oil und Silikon Valley, recht leicht, Protest gegen ihre Politik, vor allem linken Protest, ganz generell als nationalistisch, rückwärtsgewandt und im Sinne des Thatcherschen TINA (there is no alternative) als ökonomisch unsinnig zu diffamieren. In Deutschland bietet sich die AfD den Herrschenden als Auffangbecken für die rasch wachsende Zahl, der von der neoliberalen Offensive Enttäuschten, nun als „Wutbürger“ Diskreditierten an. Dabei verbindet sie ihren als Protest gegen den „nationalen Ausverkauf“ verkleideten, fremdenfeindlichen Nationalismus mit einer umso rigideren Unterstützung des neoliberalen Kurses des Finanzkapitals gegen dessen Wirkungen sie ja gerade angetreten zu sein vorgibt.	3018 3019 3020 3021 3022 3023 3024 3025 3026 3027
Diese soziale Demagogie der AfD erlaubt es den Herrschenden, gerade auch den linken Protest mit dem Verweis auf eine angebliche „Querfront“ als ebenfalls borniert nationalistisch zu delegitimieren und den eigenen reaktionären Kurs als weltoffen, liberal und anti-diskriminierend anzupreisen. Auch die politische Vereinnahmung der Gender-, der LGBT-Bewegung in das imperialistische Projekt, die wohlwollende propagandistische Herausstellung von Identitäts-Ideologien und -Politiken bei gleichzeitiger Bekämpfung der sozialen und Klassenkämpfe dient diesem Ziel.	3028 3029 3030 3031 3032 3033 3034
Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Hauptgefahr für die Reste der bürgerlichen Demokratie vom gegenwärtig herrschenden Machtkartell, seinen Parteien, Medien und Institutionen ausgeht. Die Demontage demokratischer Rechte begann mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, den Notstandsgesetzen, den „Anti-Terror-Gesetzen“ im Kontext der „RAF“, ging weiter mit den „Otto-Katalogen“ I und II, es folgten die Rasterfahndung, die Antiterrordatei, der biometrischer Ausweis, die Vorratsdatenspeicherung, die BKA-Novelle und nun als vorläufiger Höhepunkt, die repressiven Sicherheitsgesetze von Heiko Maas und Lothar de Maizière. Die Totalüberwachung, die Bürgerkriegspolizei und -armee, die Vorbeugehaft und die weitgehende „Gleichschaltung“ der neoliberalen Monopolmedien, die Internet-Zensur sind längst Realität. Mit der propagandistischen Abgrenzung des neoliberalen Parteienblocks zum Rechtspopulismus soll die schleichende Faschisierung kaschiert werden, die mithilfe der Monopol-Medien von ihnen selbst vorangetrieben wird.	3035 3036 3037 3038 3039 3040 3041 3042 3043 3044 3045 3046 3047
Da der reaktionäre Charakter der Meinungsindustrie zunehmend bewusst wird (Lügenpresse), hat die Suche nach Alternativen zu einem breiten Angebot vor allem im Internet geführt. Mit diesem Medium ist mit relativ niedrigem Aufwand eine große Verbreitung möglich ist. Dieses Angebot ist natürlich von sehr heterogener Qualität. Neben der geheimdienstlichen Überwachung und Beeinflussung, versuchen die Herrschenden auch diesen Bereich der Meinungsäußerung unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Konstruktion der Rechtsfigur des „Hassprediger“ bildete gewissermaßen den Einstieg in die Kriminalisierung unliebsamer Meinungen, die beim Maasschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz sicher nicht enden wird. Das „NetzDG“ macht zudem private Anbieter zu Bütteln des Denunziantentums und der staatlichen Repression.	3048 3049 3050 3051 3052 3053 3054 3055 3056 3057
Es gilt, die Vorstellungen von einer Faschisierung in den imperialistischen Hauptstaaten den aktuellen Bedingungen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten anzupassen. Die Verhältnisse haben sich im Vergleich zu den 1930er Jahren erheblich geändert. Es gibt keine Roten Oktober mehr, keine aufstrebende SU, deren revolutionäre Errungenschaften auf die fortschrittlichen Kräfte auf der ganzen Welt ausstrahlt. Keine Dritte Internationale, die mit einem umfassenden Netz kommunistischer Parteien eine koordinierende, effektive Organisation des internationalen Klassenkampfes darstellen könnte. Es gibt in den imperialistischen Hauptstaaten keine klassenbewussten Organisationen der Arbeiterbewegung, mit welcher die Klasse sich zum Subjekt einer revolutionären Umwälzung entwickeln könnten.	3058 3059 3060 3061 3062 3063 3064 3065 3066 3067
Der historische deutsche Faschismus hatte vor allem zwei Zielstellungen: Zum einen die Liquidierung der marxistisch-klassenbewussten Arbeiterbewegung, insbesondere ihrer staatlichen Machtstrukturen, der SU. Zum anderen, der erneute militärische Griff nach der Weltherrschaft in einer drastisch radikalisierten Form. Das erste Ziel kann als weitgehend erreicht gelten, das zweite als weitgehend gescheitert. Eine Neuauflage in den Formen von 1933ff. kann in atomaren Zeiten als kontraproduktiv gelten. Die finanzkapitalistische Durchdringung Europas war bislang wesentlich effektiver als es ein weiterer Versuch mit Panzerarmeen sein könnte.	3068 3069 3070 3071 3072 3073 3074 3075

3076 Die Faschisierung heute ist eine notwendige Konsequenz der asozialen, neoliberalen Gegen-
 3077 reform. Sie wurde daher zuerst mit Hilfe des Diktators und Massenmörders Augusto Pino-
 3078 chet umgesetzt. Die diktatorische Zurichtung der Bevölkerung beginnt heute aber weit eher,
 3079 vor allem mit einer ausgefeilten und massiven, aber unmerklichen Bewusstseinskontrolle und
 3080 -steuerung bis hin zur Meinungs-, Verdachts- und Vorbeugekriminalisierung. Das Politainment
 3081 als Demokratiesurrogat ist in den letzten Jahrzehnten massiv ausgeweitet worden. Der Konfor-
 3082 mitätsdruck einer herrschaftsgesteuerten Political Correctness ist gewaltig wie man an zahl-
 3083 reichen Selbstzurichtungen der PDL exemplarisch studieren kann. Die Fiktion einer freien, of-
 3084 fenen, demokratischen Gesellschaft aufrechtzuhalten, ist für das finanzkapitalistisch gestützte
 3085 Europaprojekt, den Merkantilismus des deutschen Imperialismus lebenswichtig. Sowohl innen-
 3086 politisch als auch außenpolitisch. Nicht ohne Grund wurde das gigantische Holocaust-Mahn-
 3087 mal in Berlin errichtet. Der linke Protest erreicht mangels Organisationskraft und ideologischer
 3088 Klarheit daher selten mehr als ein schwaches oder spontanes Niveau. Größere Manifestationen
 3089 (G7/G20) werden mit großer Medienunterstützung diffamiert und von der Bürgerkriegspolizei
 3090 als eine Art Staatsgefahr geradezu demonstrativ zerschlagen.“

3091
 3092

Begründung:

3093 Ebenso wie den Niedergang des Reformismus gilt es den Aufstieg des „Rechtspopulismus“,
 3094 des neuen Nationalismus, als strukturell bedingte Entwicklung der neoliberalen Gegenreforma-
 3095 tion, sowie die schleichende Faschisierung, als eine in den politischen Strukturen und Instituti-
 3096 onen des „alten“ Parlamentarismus scheidemokratisch legitimierte, zu erfassen. Vor allem die
 3097 längst stattfindende Entdemokratisierung und Faschisierung sowie die Funktionalisierung des
 3098 Rechtspopulismus im Legitimationsmythos der neoliberalen Formierung als Ausgrenzungsvehi-
 3099 kel zur Stigmatisierung von Kritik von Links ist deutlicher zu betonen.

3100
 3101

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

3102 a) Teilweise inhaltliche Annahme und Übernahme einiger zentraler politischer Ideen als Erwei-
 3103 terung und Ergänzung an Zeile 634 in folgender Form:

3104
 3105

Rechtspopulismus und autoritärer Sicherheitsstaat

3106
 3107

Die weiterhin ungebrochene Unterstützung der finanzkapitalistischen Offensive durch den sog.
 3108 neoliberalen Parteienblock und dessen Flankierung durch den europäischen und US-amerika-
 3109 nischen Reformismus, hat derzeit noch die Hinwendung zu einer konsequenten; einer wirklich
 3110 linken Alternative weitgehend verbaut: Nationalistische, reaktionäre, sog. „rechtspopulistische“
 3111 Parteien wurden gestärkt und teilweise in die Nähe der Regierungsfähigkeit gebracht.

3112
 3113

In Deutschland bietet sich die AfD den Herrschenden als Auffangbecken für die rasch wachsen-
 3114 de Zahl, der von der neoliberalen Offensive Enttäuschten, nun als „Wutbürger“ Diskreditierten
 3115 an. Dabei verbindet sie ihren als Protest gegen den „nationalen Ausverkauf“ verkleideten, frem-
 3116 denfeindlichen Nationalismus mit einer umso rigideren Unterstützung des neoliberalen Kurses
 3117 des Finanzkapitals gegen dessen Wirkungen sie ja gerade angetreten zu sein vorgibt. Diese
 3118 Demagogie der AfD erlaubt es den Herrschenden, gerade auch den linken Protest mit dem
 3119 Verweis auf eine angebliche „Querfront“ als ebenfalls borniert nationalistisch zu delegitimieren
 3120 und den eigenen reaktionären Kurs als weltoffen, liberal und anti-diskriminierend anzupreisen.
 3121 Auch die politische Vereinnahmung der Gender-, der LGBT-Bewegung in das imperialistische
 3122 Projekt, die wohlwollende propagandistische Herausstellung von Identitäts-Ideologien und
 3123 -Politiken bei gleichzeitiger Bekämpfung der sozialen und Klassenkämpfe dient diesem Ziel.

3124
 3125

Dabei geht die Hauptgefahr für die Reste der bürgerlichen Demokratie vom gegenwärtig herr-
 3126 schenden Machtkartell, seinen Parteien, Medien und Institutionen aus. Insbesondere der re-
 3127 aktionäre Charakter der Meinungsindustrie wird größeren Teilen der Bevölkerung zunehmend
 3128 bewusst („Lügenpresse“), was zu einer Suche nach Alternativen zu einem breiten Angebot vor
 3129 allem im Internet geführt. Daher versuchen die Herrschenden, diesen Bereich der Meinungs-
 3130 äusserung zu diskreditieren. Mit der propagandistischen Abgrenzung des neoliberalen Parteien-
 3131 blocks zum Rechtspopulismus soll die schleichende Entwicklung zum autoritären Sicherheits-
 3132 staat kaschiert werden, die mithilfe der Monopol-Medien von ihnen selbst vorangetrieben wird.

3133

Die Entwicklung zum autoritären Sicherheitsstaat heute ist eine notwendige Konsequenz der asozialen, neoliberalen Gegenreform. Die diktatorische Zurichtung der Bevölkerung beginnt heute aber weit eher, vor allem mit einer ausgefeilten und massiven, aber unmerklichen Bewusstseinskontrolle und -steuerung bis hin zur Meinungs-, Verdachts- und Vorbeugekriminalisierung. Der Konformitätsdruck einer herrschaftsgesteuerten Political Correctness ist gewaltig wie man an zahlreichen Selbstzurichtungen der Partei DIE LINKE exemplarisch studieren kann.

b) Überweisung des Gesamtantrages als Arbeitsmaterial an den PV für die weitere Strategie- und Programmdebatte.

Begründung:

Der Leitantrag in seiner bisherigen Fassung trifft zwar insbesondere im Abschnitt IV bereits wichtige Einschätzungen zum Nationalismus und zur innerimperialistischen Konkurrenz, jedoch wird das Phänomen des Rechtspopulismus nicht ausdrücklich eingeschätzt. Der Antrag benennt zudem Ross und Reiter der Faschisierung richtig: „Dabei geht die Hauptgefahr für die Reste der bürgerlichen Demokratie vom gegenwärtig herrschenden Machtkartell, seinen Parteien, Medien und Institutionen aus.“ Der Begriff Faschisierung wäre aus analytischer Sicht ohne weitere Erklärungen noch nicht ausreichend, ist jedoch im Umfeld der DKP ein geläufiger Begriff und wird zudem präzisiert vom Dimitroff-Zitat zu Vorbereitungsstapen des Faschismus (Z.619ff). Die Bestimmung der Hauptgefahr wird hier zudem direkt verbunden mit einer Konkretisierung: Der Verteidigung alternativer Medien, einer Charakterisierung des „Querfront“-Vorwurfes gegen Linke und den Konformitätsdruck, der dadurch entsteht und der sich bis in die Linkspartei hinein auswirkt. Der Antrag präzisiert und konkretisiert also die Debatte um eine Gegenstrategie gegen rechtspopulistische Parteien und leistet damit einen Beitrag für unsere antifaschistische Strategie.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

Antrag Nr. LA169

Antragsteller: KMV Hamm-Hellweg

Zeilen 600–603

Antragstext:

Neu fassen wie folgt: Unter dem Deckmantel der Kritik am US-Imperialismus oder seiner Protagonisten werben reaktionäre Kräfte für angebliche nationale Interessen Deutschlands, meinen damit aber die Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie. Die DKP sieht es als eine ihrer Aufgaben an, solcher nationalen Demagogie entgegenzutreten.

Begründung:

Die Bekämpfung der beschriebenen nationalen Demagogie gehört zu unseren Aufgaben, ist aber nicht „unsere Aufgabe“ schlechthin (und auch nicht die wichtigste).

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Der Antragsteller kritisiert eine (angebliche) Auffassung des Leitantrages, für die es im Text keinerlei Anhaltspunkte gibt.

Nirgendwo findet sich an dieser Stelle eine Aussage, gegen die man sich mit den Worten abgrenzen müsste, dass dies nicht „unsere Aufgabe“ schlechthin (und auch nicht die wichtigste)“ sein dürfe.

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag:

3192
3193
3194
3195
3196
3197
3198
3199
3200
3201
3202
3203
3204
3205
3206
3207
3208
3209
3210
3211
3212
3213
3214
3215
3216
3217
3218
3219
3220

Antrag Nr. LA170

Antragsteller: MV Kiel

Zeile 605–607

Antragstext:

...auf deutschem Boden“. ...Danach streichen bis Zeile 607 und einfügen: ... ablehnen. Wir sagen deutlich Nein zu einer deutschen Atom-Bombe und weisen auch die nukleare Teilhabe als das zurück, was sie ist: ein Instrument der deutschen Kapitalisten im Bündnis mit den USA gegen die Völker.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung der Streichung.

Annahme der Ergänzung mit Änderungen in folgender Form:

Die Forderung nach Abzug aller US-Atomwaffen und Schließung der US-Basen richtet sich gleichzeitig gegen die Kollaboration der politischen und wirtschaftlichen Eliten und des deutschen Monopolkapitals mit dem US-Imperialismus.

Friedenspolitik und Antimilitarismus, Wahrung des Interesses an einem Leben ohne Krieg, Verteidigung von demokratischen Grundsätzen der Verfassung und der im demokratischen Sinne verstandenen „nationalen“ Interessen sind somit unmittelbarer Bestandteil der antimonopolistischen Strategie der DKP.

Wir sagen deutlich Nein zu einer deutschen Atom-Bombe und weisen auch die nukleare Teilhabe als das zurück, was sie ist: ein Instrument der deutschen Kapitalisten im Bündnis mit den USA gegen die Völker.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem 22. Parteitag: